

STUDIE

Thailand 2016: Wiederherstellung oder Aufhebung der Demokratie?

Autorin: Laurence VANDEWALLE

ABRISS

Infolge eines Militärputsches gegen die Regierung unter Yingluck Shinawatra regiert in Thailand seit dem 22. Mai 2014 eine Junta. Sie hat politische Aktivitäten und die Meinungsfreiheit drastisch eingeschränkt. Es liegen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, darunter Folter, vor.

Im Rahmen eines „Fahrplans zur Demokratie“ ist für August 2017 eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung geplant, auf die zu einem späteren Zeitpunkt Wahlen folgen könnten. Das Militär könnte jedoch an der Macht bleiben, bis der Nachfolger des Königs den Thron besteigt, um Stabilität zu gewährleisten.

Trotz enger Handelsbeziehungen hat die EU die Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens und die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen ausgesetzt, bis die Demokratie wieder hergestellt ist. Im April 2015 erhielt Thailand eine Verwarnung („gelbe Karte“) von der Europäischen Kommission aufgrund von Problemen mit illegaler, nicht gemeldeter und unregulierter Fischerei (IUUF).

Dieses Dokument wurde von der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens des Europäischen Parlaments in Auftrag gegeben.

Redaktionsschluss (englische Fassung): 18. April 2016.

Gedruckt in Belgien.

Autoren: Laurence VANDEWALLE mit Beiträgen von Barbara BARONE (Handelsbeziehungen und Wirtschaftsfragen), Anete BANDONE (Menschenrechte), Carmen-Paz MARTÍ (GD IPOL, Fachabteilung B, IUU-Fischerei), Christoffer GULDBERG (Praktikant, Menschenrechte) und Shalene DATTA (Praktikantin, Asien).

Editionsassistenz: Ifigeneia ZAMPA

Feedback jeder Art wird gerne entgegen genommen. Bitte wenden Sie sich an die Autorin:

laurence.vandewalle@europarl.europa.eu.

Kontakt für Anfragen bezüglich Exemplaren: poldep-expo@europarl.europa.eu

Dieses Dokument wird auf der '[Think tank](#)' veröffentlicht.

Die Verantwortung für den Inhalt liegt ausschließlich beim Verfasser dieses Dokuments; eventuelle Meinungsäußerungen entsprechen nicht unbedingt dem Standpunkt des Europäischen Parlaments. Das Dokument richtet sich an die Mitglieder und Mitarbeiter des Europäischen Parlaments und ist für deren parlamentarische Arbeit bestimmt. Nachdruck und Übersetzung zu nicht-kommerziellen Zwecken mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

Inhaltsverzeichnis

1	Eckpunkte und wesentliche Entwicklungen	4
2	Europäisches Parlament – Thailand: Meilensteine	4
3	Die politische und wirtschaftliche Lage in Thailand	5
3.1	Überblick	5
3.2	Politische Parteien	10
3.3	Die Königlich Thailändische Armee	11
3.4	Parlament	12
3.5	Verfassung	13
3.6	Sicherheit	14
3.7	Korruption	15
3.8	Menschenrechtslage	15
3.8.1	Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	16
3.8.2	Das Recht auf ein faires Verfahren	17
3.8.3	Folter	18
3.8.4	Die Todesstrafe	19
3.8.5	Migration, Schmuggel und Menschenhandel	19
3.8.6	Internationale Verpflichtungen	21
3.9	Außenpolitik	21
3.10	Wirtschaft	25
3.11	Handel	29
4	Die EU und Thailand	31
4.1	Politische Beziehungen	31
4.2	Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe der EU ³²	
4.3	Menschenrechte	32
4.4	Handelsbeziehungen	33
4.5	EU-Thailand-Dialog Illegale, nicht gemeldete und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei)	35
4.6	Ausblick und politische Optionen	39
5	Grunddaten zu Thailand	41
6	Karte von Thailand	42

1 Eckpunkte und wesentliche Entwicklungen

- Das Land wird seit einem Putsch am 22. Mai 2014 von einer Militärjunta regiert. Die Verfassung wurde aufgehoben und durch eine Interimsverfassung ersetzt. Ein Redaktionsausschuss wurde mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt. Im Januar 2016 wurde ein Verfassungsentwurf vorgelegt und im August 2016 könnte eine Volksabstimmung stattfinden. Prinzipiell sollte dieser Prozess dann zu Parlamentswahlen im Jahr 2017 und zu einer gewählten Regierung bis Mitte 2017 führen.
- Als Reaktion auf den Putsch hat die EU die Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens, das im November 2013 paraphiert wurde, bis auf Weiteres ausgesetzt. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen wurden ebenfalls ausgesetzt.
- Die EU setzt sich sehr stark für den Schutz der Menschenrechte in Thailand ein. Nach dem Putsch aktualisierte die EU-Delegation in Bangkok ihre Menschenrechtsstrategie. Sie übernimmt de facto eine führende Rolle bei der Organisation von diplomatischen Missionen mit gleichgesinnten Ländern zur Beobachtung von wichtigen Gerichtsverfahren, organisiert Vor-Ort-Kontrollen und pflegt die Kontakte zu Menschenrechtsverteidigern.
- Die Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments und der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens luden die abgesetzte Premierministerin Yingluck Shinawatra zu einem Besuch des Europäischen Parlaments ein. Das Oberste Gericht Thailands erteilte ihr keine Genehmigung für eine Reise nach Europa.
- Thailand ist der weltweit drittgrößte Exporteur von Fisch und Meeresfrüchten, kommt jedoch den EU-Standards zur Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUUF) nicht nach. Die Europäische Kommission stellte Defizite fest, die dazu führten, dass das Land gemäß der IUU-Verordnung vorläufig als potenziell nicht-kooperatives Land ausgewiesen wurde. Das Land erhielt am 21. April 2015 eine gelbe Karte.
- Die niederschweligen, seit mehr als einem Jahrzehnt schwelenden Konflikte im „Tiefen Süden“, die bereits 6 500 Leben gekostet haben, erfordern eine politische Lösung mit einem Mindestmaß an kultureller Autonomie für die überwiegend malaiischsprachige muslimische Minderheit.

2 Europäisches Parlament – Thailand: Meilensteine

8. Oktober 2015

Das Europäische Parlament verabschiedet eine Entschließung zur Lage in Thailand, in der es seine tiefe Besorgnis über die Verschlechterung der Menschenrechtssituation infolge des illegalen Putsches im Mai 2014 zum Ausdruck bringt und die Machthaber auffordert, die repressiven Beschränkungen, was das Recht auf Freiheit und die friedliche Ausübung anderer Menschenrechte anbelangt, aufzuheben.

**Donnerstag, 6. Februar
2014**

Das Europäische Parlament fordert die thailändischen Machthaber und die Opposition in einer Entschließung auf, umgehend einen integrativen und befristeten Prozess institutioneller und politischer Reformen einzuleiten. Das Europäische Parlament betont, dass die Bemühungen der Opposition, einen nicht gewählten „Volksrat“ einzurichten, undemokratisch seien.

Sonntag, 23. Juni 2013

Das Europäische Parlament fordert die Regierung Thailands in einer Entschließung auf, „die unmenschliche Inhaftierung von mindestens 1 700 asylsuchenden Rohingya [aus Myanmar/Burma] sofort zu beenden“.

Mittwoch, 6. März 2013

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, trifft sich mit Thailands damaliger Premierministerin, Yingluck Shinawatra, anlässlich ihres Besuchs in Brüssel.

27.–31. August 2012

Es findet das 8. Interparlamentarische Treffen zwischen dem Europäischen Parlament und Thailand in Bangkok und Chiang Mai statt.

**Donnerstag, 17. Februar
2011**

Das Europäische Parlament fordert in einer Entschließung zu den Grenzkonflikten zwischen Thailand und Kambodscha beide Seiten auf, eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten betreffend das Grenzgebiet in der Nähe des Tempels von Preah Vihear, der von der UNESCO in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wurde, zu erreichen.

**Donnerstag, 20. Mai
2010**

Das Europäische Parlament fordert in einer Entschließung zu Thailand das Ende der politischen Gewalt und der Beschränkungen in Bezug auf das Recht auf freie Meinungsäußerung.

3 Die politische und wirtschaftliche Lage in Thailand

3.1 Überblick

Thailand ist das einzige Land in Südostasien, das nicht unter Kolonialherrschaft fiel.

Thailand ist das einzige Land in Südostasien, das nicht unter Kolonialherrschaft fiel. Es war eine absolute Monarchie und wurde 1932 zu einer konstitutionellen Monarchie mit Parlament. Abgesehen von ein paar demokratischen Unterbrechungen steht das Land seit 1947 jedoch unter Militärrherrschaft.

Premierministerin Yingluck Shinawatra ist die Schwester des ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra.

Premierministerin Yingluck Shinawatra außer Amt

Thaksin Shinawatras jüngere Schwester war eine erfolgreiche Geschäftsfrau, die nach dem Sieg der Pheu-Thai-Partei (PTP) im Jahr 2011 zur Premierministerin gewählt wurde. Sie versprach, für Stabilität und Versöhnung zu sorgen, wurde jedoch beschuldigt, von ihrem Bruder Thaksin Shinawatra manipuliert zu werden. Sie muss sich außerdem für das Missmanagement bei der Subventionsregelung für Reisbauern während ihres Mandats vor Gericht verantworten. Wird sie für schuldig befunden, könnte ihr eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren drohen. Sie lebt nun unter einer Art Hausarrest in Thailand. Im Jahr 2016 erklärte sie gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass sie ihren Gemüsegarten pflege, Tempel

besuche und sich mit Freunden treffe¹. Sie ist seit der Abstimmung der Nationalen Legislativversammlung (NLA) am 23. Januar 2015 über ihre Amtsenthebung aufgrund von Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit einer umstrittenen Subventionsregelung, bei der Reisbauern mehr als der marktübliche Preis gezahlt wurde, bis 2020 von der Teilnahme an politischen Aktivitäten ausgeschlossen.

Die Politik des Landes spaltet sich seit 2001 zwischen den Unterstützern und Gegnern von Thaksin Shinawatra.

Yingluck Shinawatra wird 2011 zur Premierministerin gewählt.

Yingluck Shinawatra fordert im Februar 2014 vorgezogene Neuwahlen in der Hoffnung, die Ruhe wiederherzustellen.

Die Wahlen werden von der Opposition boykottiert.

Die Partei von Premierministerin Yingluck Shinawatra erlangt im 500 Mitglieder starken Repräsentantenhaus rund 300 Sitze. Die Wahlen von Februar 2014 werden am 21. März 2014 vom Verfassungsgericht jedoch für nichtig erklärt.

Zur „Wiederherstellung der Ordnung“ erfolgt am

Seit 2001 ist die Politik des Landes von einer Spaltung zwischen den Unterstützern und Gegnern von Thaksin Shinawatra gekennzeichnet, der bis zu seiner Amtsenthebung durch das Militär im Jahr 2006 als Premierminister fungierte. Thaksin Shinawatra ging 2008 ins selbst auferlegte Exil nach Dubai. Er musste sich wegen Korruption vor den thailändischen Gerichten verantworten. Seine Schwester Yingluck Shinawatra wurde 2011 zur Premierministerin gewählt². Unter Protesten, die vom ehemaligen stellvertretenden Premierminister Suthep Thaugsuban (Demokratische Partei) angeführt wurden, rief Yingluck Shinawatra im Februar 2014 zu vorgezogenen Neuwahlen auf. Sie hoffte, die Ruhe im Land wiederherstellen zu können, das nach dem Versuch ihrer Regierung, ein Amnestiegesetz einzuführen, eine politische Krise durchlebte. Diese Gesetzesinitiative hätte Thaksin Shinawatra die Rückkehr aus dem Exil ermöglicht. Demonstranten forderten den Rücktritt der Premierministerin und beschuldigten sie, die Regierung in Vertretung für ihren Bruder zu führen³.

Die Opposition blockierte den Registrierungsprozess der Kandidaten in 28 von 375 Wahlkreisen. In 89 Wahlkreisen wurde die Abstimmung abgebrochen. Die Wahlen wurden von der stärksten Oppositionspartei, der Demokratischen Partei (DP), boykottiert. Rund 12 Millionen der 49 Millionen Wähler konnten nicht abstimmen. Die Wahlen brachten demzufolge nicht die zur Einberufung des Repräsentantenhauses erforderliche Mindestanzahl an Mitgliedern hervor. Im Land brach ein politisches Chaos aus⁴.

Inoffiziellen Ergebnissen zufolge erlangte die Pheu-Thai-Partei (PTP) von Premierministerin Yingluck Shinawatra rund 300 Sitze im 500 Mitglieder starken Repräsentantenhaus. Nach den Wahlen hörten die Straßenproteste jedoch nicht auf. Die Zusammenstöße und Angriffe zwischen den beiden Konfliktparteien gingen weiter. Die Zahl der Toten belief sich am 26. Februar 2014 auf 21.

Am 21. März 2014 erklärte das Verfassungsgericht die Wahlen von Februar 2014 für das Repräsentantenhaus gemäß der Verfassung von 2007, die besagt, dass die Wahlen im ganzen Land zur selben Zeit stattfinden

¹ Reuters, Turning over new leaf: Ousted Thai PM picks lettuce for the cameras, 2016 <http://www.reuters.com/article/us-thailand-politics-idUSKCN0VL118>

² BBC, Thailand Country Profile, 2015, <http://www.bbc.com/news/world-asia-15581957>

³ Interparlamentarische Union. Thailand, 2014, http://www.ipu.org/parline-e/reports/thai-hr_a.htm

⁴ Interparlamentarische Union. Thailand, 2014, http://www.ipu.org/parline-e/reports/thai-hr_a.htm

22. Mai 2014 die Machtübernahme durch das Militär.

Das Militär führt den Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO) ein.

General Prayuth Chan-ocha wird von der vom Militär eingesetzten Nationalen Legislativversammlung (NLA) zum Premierminister ernannt.

müssen, für nichtig.

Das Verfassungsgericht zwang Premierministerin Yingluck Shinawatra und neun weitere Minister am 7. Mai 2014 zum Rücktritt. Die verbleibenden Minister wählten den stellvertretenden Premierminister Niwatthamrong Boonsongpaisan zum Übergangspräsidenten. Die Proteste dauerten an. Am 22. Mai 2014 erfolgte die Machtübernahme durch das Militär, um „die Ordnung wiederherzustellen“⁵. Das Militär führte den **Nationalrat für Frieden und Ordnung** (NCPO) unter der Leitung von General Prayuth Chan-ocha ein.

Die Junta verhängte das Kriegsrecht und eine landesweite Ausgangssperre, verbot politische Zusammenkünfte, verhaftete und inhaftierte Politiker und Anti-Putsch-Aktivisten, verhängte eine Internetzensur und übernahm die Kontrolle über die Medien.

Die Junta setzte in den darauf folgenden Monaten weitere vom Militär beherrschte Leitungsorgane zur Regierung des Landes ein: den Verfassungsredaktionsausschuss (CDC), die Nationale Legislativversammlung (NLA), den Nationalen Reformrat (NRC)⁶ (der inzwischen durch das Nationale Reformlenkungsgremium (NRSA) ersetzt wurde) und das Kabinett.

Die vom Militär eingesetzte Nationale Legislativversammlung (NLA) ernannte General Prayuth Chan-ocha, den Oberbefehlshaber der Armee, am 21. August 2014 zum Premierminister.

Premierminister General Prayuth Chan-ocha

Der Oberbefehlshaber der Armee, General Prayuth Chan-ocha, geboren am 21. März 1954, beginnt seine Militärkarriere bei den Gardisten der thailändischen Königin. Er rückte in der Rangfolge nach oben und wurde zu einem Befehlshaber der Leibgarde des Königs, bevor er dann im Oktober 2010 die Leitung der Armee übernahm. Er spielte eine zentrale Rolle während eines unblutigen Staatsstreichs 2006, bei dem der damalige Premierminister Thaksin Shinawatra gestürzt wurde. Er war als Mediator in der politischen Krise zwischen Premierministerin Yingluck Shinawatra, der Opposition und der Armee tätig.

Der Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO) kündigt einen sog. „Fahrplan zur Demokratie“ an und stellt Wahlen in Aussicht. Die Wahlen werden jedoch immer

Der Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO) kündigte einen sog. **Fahrplan zur Demokratie** an und stellte die Durchführung von Reformen sowie, zu einem späteren Zeitpunkt, die Abhaltung von Wahlen in Aussicht. Der Wahltermin wurde bereits mehrere Male verschoben. Die Wahlen sollten zunächst 2015 und dann Mitte 2016 stattfinden und wurden nun für 2017 anberaumt. Das Kriegsrecht wurde am 1. April 2015 ohne Auswirkungen auf die Befugnisse der Junta aufgehoben.

⁵ BBC, Thailand Country Profile, 2015, <http://www.bbc.com/news/world-asia-15581957>

⁶ Im Oktober 2014 gründete die Militärregierung den Nationalen Reformrat (National Reform Council, NRC) mit 250 Sitzen, der Empfehlungen zur Reform des Regierens und zum politischen Prozess abgeben soll.

wieder vertagt.

König Bhumibol Adulyadej, geboren im Jahr 1927, tritt nur selten in der Öffentlichkeit auf.

König Bhumibol Adulyadej pflegt gute Beziehungen zum Militär.

König Bhumibol Adulyadej ernennt 1972 Prinz Maha Vajiralongkorn zum Thronfolger.

König Bhumibol Adulyadej

Der König ist das Staatsoberhaupt. Er ist ein konstitutioneller Monarch ohne offizielle politische Funktion. Er hat den Status eines Halbgotts. Er befindet sich laut Abschnitt 8 der Verfassung in einer verehrungswürdigen Position. Er ist auch das Oberhaupt der Streitkräfte⁷. König Bhumibol Adulyadej, geboren im Jahr 1927 und gekrönt im Jahr 1946, wird von einigen Analytikern als Stabilitätsfigur des Landes angesehen. Sein Geburtstag am 5. Dezember wird als Vatertag gefeiert. Er ist das Staatsoberhaupt mit der weltweit längsten Amtszeit. Er ist auch bekannt unter dem Namen Rama IX. und der neunte Monarch der Chakri-Dynastie⁸.

König Bhumibol Adulyadej spielte eine wichtige Rolle in Zeiten politischer Krisen und während der jahrelangen Diktatur. Er etablierte gute Beziehungen zum Militär. Das Militär wurde während des 20. Jahrhunderts zunehmend königstreuer. Einige politische Beobachter glauben daher, dass die Bedenken über die Nachfolge des Königs zur aktuellen politischen Instabilität beitragen. Das Militär würde einen reibungslosen Übergang bei der Thronfolge sicherstellen wollen.

Königliche Erbfolge

Der Einfluss der Monarchie könnte nach dem Tod des Königs abnehmen, da sein möglicher Nachfolger, Kronprinz Maha Vajiralongkorn, nicht dasselbe Ansehen genießt wie sein Vater und nicht dieselben Beziehungen zum Militär und zur Regierung unterhält. Dies kann sich selbstverständlich ändern, da der Prinz vor Kurzem etwas Ordnung in sein Privatleben gebracht und Schritte zur Verbesserung seiner Beziehungen zum Militär unternommen hat.

Maha Vajiralongkorn, der im Jahr 1952 geboren wurde, ist der einzige Sohn von König Bhumibol Adulyadej und Königin Sirikit. König Bhumibol Adulyadej ernannte Maha Vajiralongkorn im Jahr 1972 zum Thronfolger, was dem aktuellen Erbfolgegesetz nach bedeutet, dass das Parlament die Entscheidung des Königs ohne Umschweife ratifizieren sollte. Bis vor Kurzem trat der Kronprinz in Thailand nur selten offiziell in der Öffentlichkeit auf. Er verbrachte einen Großteil seines Lebens in Deutschland, wobei sein Privatleben regelmäßig in die Schlagzeilen der Presse (außerhalb Thailands) geriet. Er ließ sich im Jahr 2014 von seiner dritten Frau scheiden. Es stand der Vorwurf im Raum, dass ihre Familie den

⁷ Interparlamentarische Union. Thailand, 2014, http://www.ipu.org/parline-e/reports/thai-hr_a.htm

⁸ 1782 führte der General Chao Phraya Chakri einen Putsch an, ergriff die Macht und gründete unter dem Namen König Rama I eine neue Dynastie. Das Land wurde Siam genannt und es wurde eine neue Hauptstadt – Bangkok – gegründet. 1917 wurde Siam Verbündeter Großbritanniens im Ersten Weltkrieg. Die absolute Monarchie endete durch einen unblutigen Staatsstreich im Jahr 1932; zusammen mit einer parlamentarischen Regierung wurde die konstitutionelle Monarchie eingeführt. 1939 änderte Siam seinen Namen in Thailand, das „Land der Freien“, s. <http://www.bbc.com/news/world-asia-15641745>

Der Kronprinz genießt in Thailand aufgrund seines Privatlebens kein gutes Ansehen.

Nach dem Staatsstreich im Mai 2014 verbessert Kronprinz Maha Vajiralongkorn seine Beziehungen zum Militär.

Das Erbfolgesetz ist, was die Ernennung eines königlichen Nachfolgers betrifft, nicht eindeutig.

Präsident des Kronrats ist seit 1998 der ehemalige Premierminister und Armeegeneral Prem Tinsulanonda.

königlichen Status zum privaten Vorteil missbraucht habe. Die Scheidung wurde als Versuch zur Wiederherstellung seiner Akzeptanz bei der thailändischen Bevölkerung interpretiert.

Der Kronprinz pflegte freundschaftliche Beziehungen zu Thaksin Shinawatra, als er an der Macht war, doch seine Beziehungen zur Familie Shinawatra verschlechterten sich während der regierungsfeindlichen Proteste allmählich. Nach dem Staatsstreich im Mai 2014 begann Prinz Maha Vajiralongkorn mit der Junta Beziehungen aufzubauen. Seine Zustimmung, bei der Einweihungsfeier der Nationalen Legislativversammlung (NLA) im August 2014 den Vorsitz zu führen, wurde als eine implizite Unterstützungserklärung der Junta verstanden.

Das Erbfolgesetz ist, was die Ernennung eines königlichen Nachfolgers betrifft, nicht eindeutig. Beobachter des politischen Lebens des Landes sind der Ansicht, dass der Kronprinz nicht der einzige mögliche Nachfolger des Königs ist. Seit 1974 erlaubt die Verfassung, dass auch eine Tochter des Königs den Thron besteigen kann, sollte er keine männlichen Nachkommen haben. Der Name von Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn wird indessen regelmäßig als eine mögliche Alternative vorgebracht. Sie ist eine der drei Töchter von König Bhumibol Adulyadej. Die Prinzessin ist, wie ihr Vater, aufgrund ihrer Wohltätigkeitsarbeit und der ihr nachgesagten Bescheidenheit sehr beliebt.

Eine weitere mögliche Thronfolgerin ist die älteste Tochter von Prinz Maha Vajiralongkorn – Prinzessin Bajrakitiyabha Mahidol. Sie ist das erste Enkelkind von König Bhumibol Adulyadej. Sie verfügt über einen Dokortitel der Cornell Law School und hatte bereits eine Reihe von Regierungspositionen inne, darunter bei der Ständigen Vertretung Thailands bei den Vereinten Nationen. Sie arbeitet seit 2014 in Bangkok als Provinzial-Staatsanwältin bei der Generalstaatsanwaltschaft⁹.

Der thailändische Kronrat

Der Kronrat besteht aus den Beratern des Königs. Laut Verfassung kann er bis zu achtzehn Mitglieder ernennen. Er erwählt und ernennt eine qualifizierte Person zum Präsidenten des Kronrats¹⁰. Seit 1998 ist der Präsident des Kronrats der ehemalige Premierminister und Armeegeneral Prem Tinsulanonda. Er wurde am 26. August 1920 geboren und gilt als konservative und höchst einflussreiche Persönlichkeit. Er spielte angeblich eine Rolle beim Staatsstreich, der zur Amtsenthebung des damaligen

⁹ „The Leaderboard: HRH Princess Bajrakitiyabha 'Pa' Mahidol“, 2014
<http://cogitasia.com/the-leaderboard-hrh-princess-bajrakitiyabha-pa-mahidol/>

¹⁰ Die thailändische Monarchie: der thailändische Kronrat – enthält auch eine vollständige Liste der Mitglieder des Kronrats. Siehe
<http://www.thaimain.com/eng/monarchy/privy.html>

Premierministers Thaksin Shinawatra im Jahr 2006 führte, und war ein Ziel der UDD-Demonstranten im Jahr 2009¹¹.

3.2 Politische Parteien

Seit dem Putsch sind die politischen Parteien nur beschränkt handlungsfähig.

Im Juni 2014 setzte der Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO) die öffentlichen Mittel für politische Parteien aus. Sie werden weiterhin nach Maßgabe der Gesetzgebung von 2007 reguliert, dürfen jedoch keine Versammlungen abhalten oder politisch tätig werden. Gemäß Anordnung Nr. 57 des Nationalrats ist auch die **Gründung neuer politischer Parteien verboten**. Der Verfassungsredaktionsausschuss (CDC) hielt Sitzungen mit den Vorsitzenden einiger Parteien ab, sie konnten sich vor den Sitzungen jedoch nicht treffen, um einen gemeinsamen Standpunkt zu formulieren¹².

Zwei Hauptfraktionen dominieren das politische System des Landes:

Die **Demokratische Partei (DP)**: Die traditionellen Eliten nahe stehende Partei pflegt enge Beziehungen mit der Volksallianz für Demokratie (PAD), gemeinhin bekannt als die „Gelbhemden“ (Farbe des Königs), eine Bewegung, die zur Amtsenthebung von Thaksin Shinawatra beitrug. Zu ihren Anhängern gehören zahlreiche Wähler aus Bangkoks Ober- und Mittelschicht.

Die ursprüngliche Thai-Rak-Thai-Partei (TRT) des ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra und ihre Nachfolgerparteien, die **Partei der Volksmacht (PPP)** und die **Pheu-Thai-Partei (PTP)**: Letztere hat seit 2001 jede Wahl gewonnen. Die Aktionen des Nationalrats für Frieden und Ordnung (NCPO) begünstigen zwar die Interessen der DP-Kernanhängerschaft, die Parteiführer der DP und der PTP werden seit dem Staatsstreich im Jahr 2014 jedoch an den Rand des politischen Prozesses gedrängt.

Vor dem Putsch waren die zwei größten, als „Rothemden“ und „Gelbhemden“ bekannten Allianzen:

- Das **Demokratische Reformkomitee des Volkes (PDRC)**, das ab November 2013 die Proteste unter der Führung von Suthep Thaugsuban, dem ehemaligen stellvertretenden Premierminister und Generalsekretär der Demokratischen Partei (DP), anführte. Die Fraktion erhielt Unterstützung von verschiedenen Seiten und Gruppierungen. Sie umfasste Elemente der „Gelbhemden“-Bewegung, extremistische und ultraroyalistische Organisationen sowie weite Teile der Mittel- und Oberschicht Bangkoks.
- Die **Nationale Demokratische Allianz gegen Diktatur (UDD)**, deren

Die zwei größten politischen Allianzen vor dem Putsch waren die sog. „Rothemden“ und „Gelbhemden“.

¹¹ Länderprognose vom 3. März 2016 von Control Risks – Online Solutions <https://www.controlrisks.com/en/online-solutions>

¹² Freedom House, Thailand, 2015 <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2015/thailand>

Unterstützer gemeinhin „**Rothemden**“ genannt werden, ist eine breitgefächerte politische Interessengruppe bestehend aus ländlichen Bevölkerungsgruppen aus Nordost- und Nord-Thailand. Sie umfasst die städtischen Unterschichten Bangkoks und Intellektuelle. Die Bewegung repräsentiert allgemein diejenigen, die sich von den Vorteilen des Wirtschaftswachstums und den traditionellen Schaltstellen der Macht ausgeschlossen fühlen. Sie wurde durch den ehemaligen Premierminister Thaksin Shinawatra unterstützt, der nun im Exil lebt. Nicht alle UDD-Mitglieder unterstützen ihn. Viele sind mit dem von Yingluck Shinawatra vorgeschlagenen Amnestiegesetz nicht einverstanden.

3.3 Die Königlich Thailändische Armee

Thailand verfügt über eine große, gut ausgestattete Streitmacht.

Thailand verfügt über eine große und gut ausgestattete Streitmacht. Sie besteht aus 245 000 Armee-Angehörigen, 69 850 Marine-Mitgliedern, 46 000 Angehörigen der Luftwaffe und 92 700 paramilitärischen Truppen-Mitgliedern. Es handelt sich um eine der am besten ausgestatteten Luftwaffen in Südostasien. Sie umfasst Gripen-Kampfflugzeuge und Saab 340AEW-Plattformen. Das Verteidigungsbudget 2016, das im Vergleich zum Budget von 193 Milliarden THB im Jahr 2015 deutlich erhöht wurde, beläuft sich auf 207 Milliarden THB. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass das Verteidigungsbudget trotz des Anstiegs im Vergleich zu anderen Ländern in der Region nicht den höchsten Anstieg verzeichnete. Die Länder Bangladesch, Singapur, Indonesien, die Philippinen, Pakistan, Malaysia, Timor-Leste und Australien verzeichneten beispielsweise alle einen Anstieg von mehr als 20 % im Vergleich zu Thailand, wo der Anstieg zwischen 3 und 10 % betrug. Der Putsch im Jahr 2014 schwächte Thailands Allianz mit den Vereinigten Staaten, wodurch gemeinsame Übungseinsätze reduziert wurden. Das Land baut zunehmend freundlichere Beziehungen zu China auf, was das thailändische Interesse am Kauf von chinesischen U-Booten und eine bilaterale Luftübung im November 2015 belegen. Die Einsätze gegen Aufständische in den drei südlichsten Provinzen werden fortgesetzt, doch der niederschwellige Krieg dort dauert an¹³.

Das thailändische Militär leidet schon immer unter Fraktionalismus.

Das thailändische Militär leidet schon immer unter Fraktionalismus, darunter zum Teil Klüngel, die sich um militärische Persönlichkeiten gruppieren, Einheiten mit Absolventen desselben Jahrgangs und Gruppen mit unternehmerischen oder ideologischen Interessen. Die wohl bekanntesten Fraktionen im Laufe der Jahre waren vom Militär, der Polizei und den Eastern Tigers („Tiger des Ostens“). Dies führte dazu, dass sich das thailändische Militär zunehmend spaltete – zwischen denjenigen, die von den Beförderungen nach dem Putsch profitierten, und denjenigen, die

¹³ The Military Balance, Chapter Six: Asia, The Military Balance, 2016, <http://dx.doi.org/10.1080/04597222.2016.1127567>

Die Anführer des Putsches stehen in der Kritik, Militärbeamten weitreichende polizeiliche Befugnisse zur Verhaftung und Inhaftierung von Zivilisten zu erteilen.

keine Vorteile daraus zogen. Die derzeit größte Fraktion sind die Eastern Tigers („Tiger des Ostens“). Die Wongthewan-Fraktion besetzt ebenfalls Positionen von hohem Rang in der Armee¹⁴.

Die Anführer des Putsches stehen in der Kritik, Militärbeamten weitreichende polizeiliche Befugnisse zur Verhaftung und Inhaftierung von Zivilisten zu erteilen. Soldaten des Rangs Oberleutnant und höher haben die Befugnis, 27 Arten von Straftaten zu verhüten oder zu bekämpfen, darunter Vergehen gehen den öffentlichen Frieden, Diffamierung, Spekulation, Erpressung und Verletzung von Arbeitnehmerrechten. Sie können außerdem Grundstücke ohne Durchsuchungsbefehl durchsuchen. Das Militär kann zudem Vermögensgegenstände beschlagnahmen, finanzielle Transaktionen sperren und gegen Verdächtige ein Reiseverbot verhängen. Oberst Piyapong Klinphan, ein Sprecher der Junta, erklärte, die Vorschriften seien eingeführt worden, um Verbrechen, die eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen, zu verhindern¹⁵.

3.4 Parlament

Das Repräsentantenhaus und der Senat werden nach dem Militärputsch im Mai 2014 abgeschafft.

Thailand wurde unter der Verfassung von 2007 durch ein parlamentarisches Zweikammersystem regiert¹⁶. Das Repräsentantenhaus und der Senat wurden nach dem Militärputsch im Mai 2014 abgeschafft. Die gesetzgebende Gewalt (Legislative) wurde der Nationalen Legislativversammlung (NLA), die am 23. Juli 2014 vom Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO) eingesetzt wurde, übertragen¹⁷. Die NLA besteht aus 200 Mitgliedern, die vom NCPO ernannt wurden. Der NCPO behauptete, Personen aus allen Berufsgruppen und politischen Spektren auszuwählen. Die Mitglieder wurden aus verschiedenen Sektoren ausgewählt, darunter insbesondere der öffentliche Sektor, der private Sektor, die Zivilgesellschaft, die akademische Welt und Fachkreise. Andere Mitglieder der Versammlung sind ranghohe Bürokraten, Anwälte aus dem Staatsrat, Anwälte des Verwaltungsgerichts und bisher unbekannte Persönlichkeiten. Ehemalige Politiker vorhergehender Regierungen können gemäß der Interimsverfassung nicht ausgewählt werden. Darüber hinaus wurden Positionen mit Anhängern des PDRC besetzt, die sich am Sturz von Yingluck Shinawatra beteiligt und den Putsch unterstützt hatten, darunter ehemalige Senatoren, Präsidenten von öffentlichen Universitäten und regelmäßige Sprecher bei den PDRC-Protessen. Die Tochter des Feldmarschalls Thanom Kittikajorn, der Diktator, der im Jahr 1973 den

Die gesetzgebende Gewalt wird der vom Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO) eingesetzten Nationalen Legislativversammlung (NLA) übertragen.

¹⁴ The Wall Street Journal, „Thailand's Divided Military“, 2014

<http://www.wsj.com/articles/thailands-divided-military-1404148174>

¹⁵ The Guardian, „Thai junta criticised as army given sweeping powers of arrest“, 2016, <http://www.theguardian.com/world/2016/apr/05/thailand-junta-gives-army-sweeping-powers-of-arrest>

¹⁶ Für weitere Informationen zum vorhergehenden Legislativsystem Thailands siehe das Länderbriefing Thailand 2014 von Marika Armanovica, GD EXPO, Fachabteilung.

¹⁷ Royal Thai Government, „Three-month Progress Report of the NCPO“, 2016, <http://www.thaigov.go.th/index.php/en/pressbriefing/item/85621-id85621.html>

Befehl für ein Massaker von Universitätsstudenten gab, wurde ebenfalls ausgewählt¹⁸. Ein jüngerer Bruder von Prayuth Chan-ocha, General Preecha Chan-ocha, wurde ernannt und ein enger Berater des Vorsitzenden des Kronrats ist ebenfalls ein NLA-Mitglied.

In der Praxis scheint die Junta es nicht geschafft zu haben, die Diversität zu erhalten. Sowohl Angehörigen als auch Unterstützern der Junta wurden Positionen zugeteilt. Des Weiteren sind die meisten NLA-Mitglieder älteren Jahrgangs, darunter Soldaten und Beamte, die seit langer Zeit nicht aktiv waren. Die Einsetzung der NLA hätte ein Schritt in die richtige Richtung sein können, da die Macht wieder an die Zivilgesellschaft zurückgegeben wird; die Kriterien für eine uneingeschränkte Demokratie werden jedoch noch nicht gänzlich erfüllt. Angesichts der einseitigen Auswahl von Mitgliedern und angesichts dessen, dass nur Personen aus Elite-Einrichtungen und aus Fraktionen in Opposition zur Familie Shinawatra Sitze zugesprochen werden, ist es noch ein langer Weg¹⁹.

Neben ihrer Legislativfunktion spielt die NLA auch eine untergeordnete Rolle bei der Stärkung der Rechenschaftspflicht des Kabinetts. Die Versammlung wählt einen Premierminister, kann den Premierminister jedoch nicht absetzen, es sei denn der NCPO schlägt dies vor.

3.5 Verfassung

Die Verfassung wird im Jahr 2007 von der Junta abgeschafft.

Die Junta schaffte die **Verfassung von 2007** ab und ersetzte sie im Juli 2014 durch eine **Interimsverfassung**, die ohne öffentliche Konsultation ausgearbeitet und vom König angenommen wurde. Sie enthält unkontrollierte Befugnisse und keine Vorkehrungen zum Schutz der Menschenrechte. Die Interimsverfassung soll in Kraft bleiben, bis in einer Volksabstimmung eine neue Verfassung angenommen wurde. Wird die Verfassung nicht angenommen, könnte die Militärherrschaft weiter andauern. Das Referendum ist Bestandteil des zuvor erwähnten sog. „Fahrplans zur Demokratie“. Die Junta behauptet, es werde im Juli 2017 stattfinden, doch das bleibt abzuwarten.

Vom Militär wird im November 2014 ein Verfassungsredaktionsausschuss (CDC) eingesetzt und mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt.

Der **Verfassungsredaktionsausschuss (CDC)** wurde im November 2014 vom Militär eingesetzt und damit beauftragt, bis Anfang 2015 eine Verfassung auszuarbeiten. Seine 36 Mitglieder wurden vom Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO), der Nationalen Legislativversammlung (NLA) und vom Kabinett ernannt. Der Ausschuss konsultierte wichtige politische Parteien und Bewegungen²⁰. Der Vorsitzende des CDC, Meechai Ruchupan, behauptete, dass die Verfassung langwährende Probleme wie z. B. den

¹⁸ The Wall Street Journal, „Thailand's Divided Military“, 2014, <http://www.wsj.com/articles/thailands-divided-military-1404148174>

¹⁹ Cetri, „Thailands National Legislative Assembly“, 2014, <http://www.cetri.be/Thailand-s-National-Legislative?lang=fr>

²⁰ Freedom House, Thailand, 2015, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2015/thailand>

Über die Verfassung könnte mittels einer Volksabstimmung entschieden werden.

„Machtmissbrauch durch Gesetzgeber“ lösen sollte. Er erklärte, dass zur Reform des Landes strenge Maßnahmen ergriffen werden müssten, auch wenn die politischen Parteien dem nicht zustimmen würden; er könne nicht versprechen, dass es Thailands letzte Verfassung sein werde²¹.

Im April 2015 wurde ein **erster Verfassungsentwurf** veröffentlicht. Das Risiko der Nichtannahme durch das Referendum war so hoch, dass er zurückgezogen wurde. Der **zweite Verfassungsentwurf** vom 29. Januar 2016 enthält einige umstrittene Bestimmungen des ersten Entwurfs, darunter insbesondere ein nicht-gewählter Premierminister und ein vom Militär dominierter Ausschuss zur Überwachung der Regierung.

3.6 Sicherheit

Seit den 1940er Jahren ist im Süden des Landes ein Aufbruch im Gange.

Seit einem Jahrzehnt herrscht in den vier südlichsten Provinzen, wo malaiische Muslime eine Minderheit darstellen und seit den 1940er Jahren ein separatistischer Aufbruch im Gange ist, eine Mischung aus Kriegsrecht und Ausnahmezustand. Seit der Eskalation der Militäreinsätze im Januar 2004 wurden mehr als 6 000 Menschen getötet. Zivilisten werden regelmäßig zur Zielscheibe von Schießereien, Bomben- und Brandanschlägen. Die Aufständischen richten ihr Augenmerk häufig auf Schulen und Lehrer als Symbole des thailändischen Staats.

Der Friedensdialog zwischen Bangkok und den Rebellen ist seit dem Putsch ins Stocken geraten.

Im Februar 2013 unterzeichnete die Regierung ein Abkommen, um die ersten offiziellen Friedensverhandlungen mit der Revolutionsbewegung Barisan Revolusi Nasional (BRN) aufzunehmen. Der Friedensdialog geriet während der politischen Krise und des Staatsstreichs ins Stocken. Der Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO) erlaubte Malaysia, die BRN-Verhandlungsinitiative weiterhin zu unterstützen, verfolgte jedoch auch militärische Lösungen. Die Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung umfassten die willkürliche Verhaftung von Tausenden verdächtigen Kämpfern und Unterstützern. Es existieren glaubwürdige Berichte über Folter und andere Menschenrechtsverletzungen, darunter außergerichtliche Hinrichtungen, sowohl durch Sicherheitskräfte als auch durch Aufständische.²²

Im Jahr 2016 kam es vermehrt zu tödlichen Anschlägen.

Im Jahr 2016 kam es vermehrt zu Anschlägen, was nur schwache Aussichten auf Friedensgespräche erkennen lässt. Am 12. Februar 2016 kam es bei einem Gewaltausbruch in den Provinzen Yala und Pattani neben Schießereien im Vorbeifahren und Brandanschlägen auch zu einem Bombenanschlag auf eine Militärpatrouille am Straßenrand, die Lehrer der örtlichen Schule in Sicherheit brachte. Am 13. März 2016 stürmten abermals zehn Aufständische das Jog-Airong-Krankenhaus in der Provinz Narathiwat

²¹ Reuters, „Draft constitution for army-run Thailand 'strong medicine'“, 2016, <http://www.reuters.com/article/us-thailand-politics-idUSKCN0UY13E>

²² Länderprognose vom 3. März 2016 von Control Risks – Online Solutions <https://www.controlrisks.com/en/online-solutions>

und nutzten dieses als Stützpunkt, um Anschläge auf einen nahe gelegenen Sicherheitsposten der thailändischen Regierung zu verüben²³.

Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) bot an, im Rahmen eines Prozesses zur Friedensbildung als Vermittler zwischen der thailändischen Regierung und separatistischen Gruppen in den südlichen Regionen des Landes zu fungieren²⁴.

3.7 Korruption

Korruption ist in allen Teilen der Gesellschaft weit verbreitet.

Korruption ist in allen Teilen der Gesellschaft weit verbreitet. Die regierungsunabhängige internationale Organisation Transparency International reihte Thailand im Jahr 2015 von 168 Ländern auf Rang 76 ein (wobei das Land auf Rang 1 die geringste Korruptionsrate und das Land auf Rang 168 die höchste Korruptionsrate aufweist). Damit befindet sich das Land vor vielen anderen Ländern Südostasiens. Regierungserhebungen zeigen, dass die Ministerien für Inneres, Transport und Kommunikation, die Zollbehörde, die Polizei und das Militär die Einrichtungen mit der höchsten Korruptionsrate sind²⁵.

Sowohl Politikern der ehemaligen Regierung als auch Politikern der Oppositionsparteien wurde Korruption vorgeworfen. Die Junta sah sich zwei Korruptionsskandalen gegenüber: Beim ersten Skandal ging es um die Beschaffung von überpreuerten audiovisuellen Geräten in Regierungsbüros und beim zweiten Skandal um den persönlichen Wohlstand von Kabinettsmitgliedern²⁶.

Die Nationale Kommission zur Korruptionsbekämpfung (NACC) bleibt nach dem Putsch bestehen, wird jedoch der Junta unterstellt.

Die Nationale Kommission zur Korruptionsbekämpfung (NACC) ist eine unabhängige Einrichtung, die im April 1999 gegründet wurde. Die NACC erhob am 8. Mai 2014 Anklage gegen Yingluck Shinawatra wegen Fahrlässigkeit und anderen Straftaten im Zusammenhang mit der Subventionsregelung für Reisbauern. Die Kommission legte nahe, ein Amtsenthebungsverfahren gegen sie einzuleiten. Nach dem Putsch blieb die NACC bestehen, wurde jedoch durch die Interimsverfassung dem Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO) unterstellt.

3.8 Menschenrechtslage

Die Menschenrechtslage in Thailand hat sich seit dem Militärputsch im Jahr 2014 **drastisch verschlechtert** und das Militär hat die **bürgerlichen**

²³ Human Rights Watch, Thailand: Insurgents Seize Hospital in South, 2016, <https://www.hrw.org/news/2016/03/15/thailand-insurgents-seize-hospital-south>

²⁴ SMBC, „Leading Islamic organisation offers to help Thailand rebuild peace in restive south“, 2016, <http://www.channelnewsasia.com/news/asiapacific/leading-islamic/2423530.html>

²⁵ Länderprognose vom 3. März 2016 von Control Risks – Online Solutions <https://www.controlrisks.com/en/online-solutions>

²⁶ Freedom House, Thailand, 2015 <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2015/thailand>

Die Menschenrechtslage hat sich seit dem Militärputsch deutlich verschlechtert.

und politischen Rechte stark eingeschränkt, darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Freiheit und das Recht auf ein faires Verfahren. Der Nationalrat für Frieden und Ordnung (NCPO) hat trotz der Aufhebung des Kriegsrechts im Jahr 2015 die exzessiven Befugnisse des Regimes beibehalten und ausgeweitet, u. a. durch die Beschränkung der Entschädigungen für Opfer von Menschenrechtsverletzungen.²⁷ Diese Entwicklung wurde durch den Beschluss, **Militärbeamten weitreichende Rechtsdurchsetzungsbefugnisse und Straffreiheit zu gewähren**, weiter verschärft.²⁸

Das Militär ergreift **keine Maßnahmen zum Schutz von Thai- und Wanderarbeitnehmern** vor Menschenhandel und Sklavenarbeit und geht resolut gegen Menschenrechtsverteidiger und Journalisten, die Verstöße begehen, vor.

3.8.1 Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Die Junta geht sowohl online als auch offline hart gegen freie Meinungsäußerungen vor. Sie beruft sich auf das Anti-Diffamierungsrecht und Majestätsbeleidigungsgesetze, um Kritiker zum Schweigen zu bringen.

Seit der Machtübernahme hat das Militärregime die **Meinungsfreiheit sowie die Medien, sowohl online als auch offline, drastisch beschränkt**. Junta-Anführer Prayuth Chan-ocha erklärte öffentlich, dass er voraussichtlich nur Journalisten hinrichten werde, die nicht die Wahrheit berichten²⁹.

Es wurden bereits mehrfach **Anti-Diffamierungsklagen** erhoben, um Menschenrechtsverteidiger, die auf vom Militär verübte Verstöße sowie auf Menschenhandel und Arbeitsbedingungen in privaten Unternehmen aufmerksam gemacht haben, ins Visier zu nehmen. Dies ist zum Beispiel der Fall bei Andy Hall, einem britischen Bürger, der die finnische regierungsunabhängige Organisation Finnwatch dabei unterstützt hat, einen Bericht über die schlechte Behandlung von Wanderarbeitnehmern in einer Fabrik, die sich im Besitz des größten Dosenananas-Produzenten Thailands, **Natural Fruit**, befindet, zu verfassen. Der Abschluss der Gerichtsverhandlung ist im Juli anberaumt. Falls Andy Hall für schuldig befunden wird, könnte ihm eine Gefängnisstrafe von bis zu sieben Jahren drohen³⁰.

In einem anderen Fall wurden die **Journalisten** Alan Morison und Chutima

²⁷ <https://www.amnesty.org/en/countries/asia-and-the-pacific/thailand/report-thailand/> Amnesty International, Jahresbericht 2015-2016 Thailand, 2015/2016, <https://www.amnesty.org/en/countries/asia-and-the-pacific/thailand/report-thailand/>

²⁸ FIDH: „Human rights groups condemn NCPO Order 13/2016 and urge for it to be revoked immediately“, 2016, <https://www.fidh.org/en/region/asia/thailand/human-rights-groups-condemn-ncpo-order-13-2016-and-urge-for-it-to-be>

²⁹ The Guardian, „We'll probably kill journalists who don't report the truth, says Thai leader“, 2015, <http://www.theguardian.com/world/2015/mar/25/kill-journalists-report-truth-thai-leader-prayuth-chan-ocha>

³⁰ The Guardian, Human rights in Thailand: Andy Hall's legal battle to defend migrant workers, 2016, <http://www.theguardian.com/global-development-professionals-network/2016/jan/22/human-rights-thailand-andy-hall-legal-battle-migrant-workers>

Sidasathian unter Berufung auf das **Gesetz über Computerstraftaten** wegen der Veröffentlichung eines 41 Wörter langen Abschnitts aus einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters auf der unabhängigen Nachrichten-Website Phuketwan angeklagt. Im Bericht wurde behauptet, thailändische Marineoffiziere hätten sich am Menschenhandel mit burmesischen Rohingya-Flüchtlingen beteiligt³¹. Die beiden Journalisten wurden schließlich freigesprochen und ein General der Marine unter dem **Vorwurf des Menschenhandels** verhaftet.

Auch durch die Anwendung der strengen thailändischen **Majestätsbeleidigungsgesetze** (Lèse-Majesté-Gesetze) werden Kritiker des Regimes und der Regierung häufig zum Schweigen gebracht. Artikel 112 des thailändischen Strafgesetzbuchs sieht für jeden, der den König beleidigt, **Gefängnisstrafen von 3 bis 15 Jahren** vor. Nach dem Militärputsch haben die Behörden die Auslegung dieser Bestimmung gelockert, um Kritiker der Monarchie und des Regimes ins Visier zu nehmen – insbesondere Personen, die den Rothemd-Fraktionen nahe stehen. Die Anzahl der Verhaftungen und Verurteilungen hat drastisch zugenommen, wobei die Zuständigkeit für diese Fälle den Militärgerichten übertragen wurde.

Viele Personen wurden auf der Grundlage von Veröffentlichungen auf Facebook und privaten Nachrichten angeklagt. Ein Fall betrifft Thanakorn Siriphaiboon, einen 27-jährigen Fabrikarbeiter und Mitglied einer „Rothemden“-Gruppe auf Facebook, der wegen **Verspottung des Hunds des Königs** in einem Facebook-Post verhaftet und in Isolationshaft gesteckt wurde³².

Die Junta geht gegen **demokratische öffentliche Beratungen**, die von der Zivilgesellschaft organisiert werden, vor, indem sie z. B. ein Forum zur Bodenreform verbietet, weil die Vorschläge des Forums von den Vorschlägen des Nationalen Reformrats (NRC) abweichen könnten³³.

3.8.2 Das Recht auf ein faires Verfahren

Militärgerichte und
Geheimprozesse verletzen
das Recht auf ein faires
Verfahren

Das Regime verletzt regelmäßig das Recht auf ein faires Verfahren, insbesondere gegenüber wegen Beleidigung des Königs angeklagten Personen und Regimekritikern, die vor ein Militärgericht gestellt werden. Dies stellt einen Verstoß gegen das Recht auf eine Verhandlung vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht dar, da die Militärgerichte in Thailand nicht unabhängig von der Exekutive sind und auf vielerlei Weise

³¹ <http://www.theguardian.com/world/2014/mar/10/australian-journalist-facing-jail-thailand>The Guardian, „Australian journalist faces jail after refugee report angers Thai navy“, März 2014, <http://www.theguardian.com/world/2014/mar/10/australian-journalist-facing-jail-thailand>

³² FIDH, https://www.fidh.org/IMG/pdf/fidh_thailand_report lese majeste.pdfFédération Internationale des Droits de l'Homme, „36 and counting – Lèse-majesté imprisonment under Thailand's military junta“, 2016, S. 8-9

https://www.fidh.org/IMG/pdf/fidh_thailand_report lese majeste.pdf

³³ Ebenda.

gegen die Verfahrensvorschriften für ein faires Verfahren verstoßen. Zum einen wird in 94 Prozent der Fälle mit Anklage wegen Majestätsbeleidigung Untersuchungshaft angewandt, und die Freilassung gegen Hinterlegung einer Kaution wird regelmäßig abgelehnt. Da Bürger als unschuldig gelten sollten, stellt dies eine Verletzung der Freiheitsrechte dar.³⁴

Oft finden Verhandlungen in Militärgerichten außerdem – unter Berufung auf vage, weit gefasste Bedenken hinsichtlich der öffentlichen Moral und nationalen Sicherheit – **unter Ausschluss der Öffentlichkeit** statt; dabei werden auch internationale Menschenrechtsorganisationen und Auslandsvertretungen ausgeschlossen. Weiterhin ist bekannt, dass Häftlingen das Recht auf einen Anwalt verwehrt wird und sie nicht genügend Zeit für die Vorbereitung ihrer Verteidigung erhalten. Einige Häftlinge werden in Isolationshaft untergebracht, was das Folterrisiko erhöht. Die Verurteilungsquote bei Fällen im Zusammenhang mit Majestätsbeleidigung liegt bei 100 Prozent. Viele Angeklagte entscheiden sich dafür, sich schuldig zu bekennen, um eine Strafminderung zu erreichen.

3.8.3 Folter

Folter ist in Thailand weit verbreitet und Straffreiheit der Regelfall.

Das Militär wurde wiederholt **der Folter von Häftlingen beschuldigt**, darunter auch von als „Rothemden“ bezeichneten Aktivisten. Es hat diese Vorwürfe stets bestritten³⁵. In einem Fall wurde eine Klage wegen Verleumdung gegen die Menschenrechtsverteidigerin Pornpen Khongkachonkiet eingereicht, weil sie Ermittlungen zu Foltervorwürfen gefordert hat³⁶.

Im November 2007 hat Thailand das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (FoK) ratifiziert. Dennoch hat das Land keine Gesetzgebung erlassen, die Folter besonders unter Strafe stellen oder die Bestimmungen der FoK umsetzen würde.

2014 berichtete Thailand an den Ausschuss der Vereinten Nationen (UN) gegen Folter. Der Ausschuss stellte unter anderem das Fehlen einer **Definition von Folter**, die aus dem Gesetzbuch des Landes entfernt wurde, sowie den regelmäßigen Einsatz von Folter und Verschwindenlassen durch die Polizei und das Militär fest. Der Ausschuss gegen Folter betonte den zwingenden Charakter des Folterverbots und verwies darauf, dass zur

³⁴ FIDH: 36 AND COUNTING: Lèse-majesté Imprisonment under Thailand's Military Junta, 2016, https://www.fidh.org/IMG/pdf/fidh_thailand_report lese_majeste.pdf

³⁵ RFI: L'armée thaïlandaise accusée de tortures contre des manifestants, 2014 <http://www.rfi.fr/asi-pacifique/20140806-armee-thaïlandaise-accusee-tortures-contre-manifestants>

³⁶ Human Rights Watch: World Report Thailand, 2016, <https://www.hrw.org/world-report/2015/country-chapters/thailand>

Rechtfertigung dieses Verbrechens kein Notstand geltend gemacht werden könne³⁷.

Straffreiheit ist in Fällen von Folter nach wie vor die Regel, wenngleich in mehreren Fällen mit Todesfolge kleine Schritte unternommen wurden, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen³⁸.

Im Oktober und November 2015 starben zwei inhaftierte Zivilisten in einer neu eröffneten Militärhaftanstalt³⁹.

3.8.4 Die Todesstrafe

Thailand hält an der Todesstrafe fest, unter anderem für Drogenstraftaten.

2012 hat Thailand die **Todesstrafe für Minderjährige** abgeschafft. An der Todesstrafe für Erwachsene, darunter auch bei Drogenstraftaten, hält Thailand jedoch fest. Nach Angaben der Gefängnisbehörde warteten Ende 2015 413 Menschen auf ihre Todesstrafe, von denen 55 % wegen Drogenstraftaten verurteilt worden waren⁴⁰. Allein im Jahr 2015⁴¹ wurden sieben Menschen zum Tode verurteilt, darunter zwei birmesische Wanderarbeiter, die des Mordes an zwei britischen Rucksackreisenden beschuldigt wurden. Gegen diesen Fall wurde wegen mutmaßlicher Folter und schludriger Beweise Berufung eingelegt. Die **letzte Hinrichtung fand 2009 statt**; zwei Menschen wurden hingerichtet⁴².

3.8.5 Migration, Schmuggel und Menschenhandel

Flüchtlinge und Wanderarbeiter fallen häufig Menschenhändlern zum Opfer, die in Komplizenschaft oder unter direkter Beteiligung von Regierungsbeamten handeln.

Thailand ist Herkunfts-, Transit- und Zielland für **gemischte Migrationsströme**. Die Migrationsströme umfassen **Rohingya-Flüchtlinge**, die vor staatlich finanzierter Gewalt aus dem benachbarten Myanmar fliehen⁴³, und **Wanderarbeiter**, deren Zahl auf drei bis vier Millionen geschätzt wird, sowie Binnenvertriebene aus dem **Konflikt in Südthailand**.

Diese Gruppen sind sehr stark gefährdet, Menschenhändlern zum Opfer zu fallen, und es gibt Berichte über Komplizenschaft der thailändischen Marine und Polizei beim Menschenhandel. Opfer von Menschenhandel werden **in**

³⁷ Vereinte Nationen, Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, Concluding Observations on the Initial Report of Thailand, Juni 2014, <http://www.ohchr.org/en/hrbodies/cat/pages/catindex.aspx>

³⁸ Amnesty International: Annual Report 2015-2016 Thailand, 2015/2016, <https://www.amnesty.org/en/countries/asia-and-the-pacific/thailand/>

³⁹ Amnesty International: Annual Report 2015-2016 Thailand, 2015/2016, <https://www.amnesty.org/en/countries/asia-and-the-pacific/thailand/>

⁴⁰ Amnesty international: Death sentences and executions report 2015, <https://www.amnesty.org/en/documents/act50/3487/2016/en/>

⁴¹ Amnesty international: Death sentences and executions report 2015, <https://www.amnesty.org/en/documents/act50/3487/2016/en/>

⁴² Amnesty international: Death sentences and executions report 2015, <https://www.amnesty.org/en/documents/act50/3487/2016/en/>

⁴³ The Guardian: Thai fishing industry turns to trafficking: 'We witnessed girls being raped again and again,' 2015, <http://www.theguardian.com/global-development/video/2015/jul/20/thailand-fishing-industry-rohingya-trafficking-slavery-rape-video>

der gewerblichen Fischerei und damit verbundenen Industriezweigen, in Fabriken und als Arbeitskräfte im Haushalt ausgebeutet. Auch thailändische Staatsbürger sind Opfer von Menschenhandel, sowohl innerhalb des Landes als auch ins Ausland (Westen und Naher Osten); darunter auch Frauen, die sexuell ausgebeutet werden.

Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels werden erschwert durch **Korruption und behördliche Komplizenschaft**, durch mangelndes Verständnis für diese Straftatbestände und fehlende Möglichkeiten zur Erkennung von Opfern⁴⁴ sowie durch Klagen gegen Menschenrechtsverteidiger, die Täter öffentlich bekanntmachen. Opfer werden bestraft und in Haft genommen und erhalten keinen angemessenen Schutz von Seiten der thailändischen Behörden. In bestimmten Fällen profitierten Beamte direkt vom Verkauf von Rohingya zu Zwecken der Zwangsarbeit⁴⁵.

2014 wurden zwei **amerikanische Journalisten wegen Verleumdung angeklagt**, nachdem sie Teile eines Reuters-Berichts veröffentlichten, der die behördliche Komplizenschaft in einem Fall von Menschenhandel mit Rohingya-Flüchtlingen sowie Massengräber dokumentiert (siehe Kapitel „Meinungsfreiheit, Freiheit der Medien und Versammlungsfreiheit“). Die Behörden leiteten anschließend Ermittlungen ein, die zur **Verhaftung eines Generals** führten. Die Organisation Human Rights Watch glaubt jedoch, dass die Ermittlungen nur oberflächlich durchgeführt wurden⁴⁶, und der für die Ermittlungen zuständige Staatsanwalt ist kürzlich aus Thailand nach Australien geflohen. Als Gründe nannte er Behinderung der Ermittlungen, Morddrohungen und Angst um sein Leben, nachdem er in ein Gebiet versetzt wurde, in dem ihm kriminelle Vereinigungen leicht Schaden zufügen könnten. Anschließend wurde er von den Behörden mit einer Verleumdungsklage bedroht.⁴⁷

Menschenhandel aus, nach und innerhalb von Thailand ist ein Problem in der thailändischen Sexindustrie.

Menschenhandel ist ein Problem in der thailändischen **kommerziellen Sexindustrie**, in der Frauen und Kinder aus Thailand, Myanmar, Laos und Vietnam ausgebeutet werden. Berichte sprechen von einer behördlichen Verflechtung mit dieser Praxis und der **Beteiligung von Beamten an gewerblichem Sex mit Minderjährigen**, die Informationen aus

⁴⁴ Außenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika: Trafficking in Persons Report 2016, <http://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/>

⁴⁵ The Guardian: Thai fishing industry turns to trafficking: 'We witnessed girls being raped again and again,' 2015, <http://www.theguardian.com/global-development/video/2015/jul/20/thailand-fishing-industry-rohingya-trafficking-slavery-rape-video>

⁴⁶ The Guardian: Thai fishing industry turns to trafficking: 'We witnessed girls being raped again and again,' 2015, <http://www.theguardian.com/global-development/video/2015/jul/20/thailand-fishing-industry-rohingya-trafficking-slavery-rape-video>

⁴⁷ Fortify Rights: EU: Maintain Pressure on Thailand to End Human Trafficking, 2016, <http://www.fortifyrights.org/publication-20160224.html>

Befragungen dazu nutzten, ihren Fall abzumildern und Bordelle vor Kontrollen und Razzien schützen würden⁴⁸. Thailand ist Ursprungsland für Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung nach Nordamerika, Europa, Afrika und Asien und in den Nahen Osten einschließlich Israel. Schließlich wird Thailand von Menschenhändlern als Transitland genutzt. Opfer aus China, Myanmar, Bangladesh und Vietnam werden über Thailand nach Malaysia, Indonesien, Singapur, Russland, Südkorea sowie in die USA und Länder in Westeuropa verbracht.

3.8.6 Internationale Verpflichtungen

Thailand hat die meisten wichtigen internationalen Menschenrechtsübereinkommen unterzeichnet oder ratifiziert.

Als ASEAN-Mitglied muss Thailand im Rahmen der Verbandsziele Menschenrechte fördern.

Im Mai 2016 wird Thailand einer allgemeinen regelmäßigen Überprüfung („Universal Periodic Review“, UPR) unterzogen, die bewerten soll, ob das Land seine internationalen Verpflichtungen einhält.⁴⁹ Thailand hat die meisten **wichtigen internationalen Menschenrechtsübereinkommen** unterzeichnet oder ratifiziert. Die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen hat Thailand, wie die EU-Mitgliedstaaten, weder unterschrieben noch ratifiziert. Dagegen hat Thailand das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels unterzeichnet und ratifiziert. Allerdings äußerte Thailand den Vorbehalt, dass es nicht durch Artikel 15 Absatz 3 des Protokolls gebunden wäre, der Regeln für Verhandlungen und Schlichtung sowie die Gerichtsbarkeit des internationalen Gerichtshofs bei Streitigkeiten, die sich aus den Verpflichtungen gemäß dem Protokoll ergeben, festlegt.

Als Mitglied des Verbands Südostasiatischer Nationen (Association of South East Asian Nations, **ASEAN**) verfolgt Thailand das Ziel der Förderung der Menschenrechte.

3.9 Außenpolitik

Thailand gehört zu den vier Gründungsmitgliedern der ASEAN.

Die politische Lage in

Thailand gehört zusammen mit Indonesien, Malaysia und den Philippinen zu den **vier Gründungsmitgliedern der ASEAN**. Der Verband wurde 1967 mit dem Ziel gegründet, den Frieden zu fördern und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Die ASEAN ist der Hauptpfeiler der thailändischen Außenpolitik. Die ASEAN-Freizone wurde auf Initiative von Bangkok gegründet. Das Land ist bis 2018 auf Seiten der ASEAN für die Koordinierung der Beziehungen zur EU zuständig.

Thailand ist Mitglied der **Mekong River Commission** (MRC), der außerdem Kambodscha, Laos und Vietnam angehören. Das Land hat den Vertrag zur Förderung der Zusammenarbeit bei der Wassernutzung und Wasserwirtschaft im unteren Mekongbecken unterzeichnet. In den letzten

⁴⁸ Außenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika: Trafficking in Persons Report 2016

⁴⁹ <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/UPR/Pages/UPRSessions.aspx>

Thailand hat die bilateralen Beziehungen des Landes verändert: Die Junta verstärkte die Zusammenarbeit mit Partnern, die einen sehr laxen Umgang mit Fragen der Demokratie und Menschenrechte haben.

Der chinesische Premierminister Li Keqiang kam im November 2014 als erster Staatsführer eines großen Landes nach dem Putsch zu einem offiziellen Besuch nach Thailand und drückte damit die Anerkennung der von der Militärjunta angeführten Regierung aus.

Im Juli 2015 führte Bangkok mit Gewalt über 100 Angehörige der ethnischen Minderheit der Uiguren nach China zurück, wo sie mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen.

Jahren haben jedoch Projekte zum Staudammbau, insbesondere die umstrittene Xayaburi-Talsperre an der Grenze zu Laos, das Vertrauen zwischen den MRC-Mitgliedern erschüttert.

Die politische Lage des Landes hat zu einer schrittweisen Verschiebung der bilateralen Beziehungen des Landes geführt: Die Junta verstärkte die Zusammenarbeit mit Partnern, die einen sehr laxen Umgang mit Fragen der Demokratie und Menschenrechte haben. The U. Die USA verweisen auf zunehmende Befürchtungen in der Region angesichts der wahrgenommenen hegemonialen Ambitionen Chinas, insbesondere unter den südostasiatischen Ländern mit konkurrierenden Gebietsansprüchen im Südchinesischen Meer. Thailand hat dort keine Gebietsansprüche.

VR China

Die beiden Länder nahmen 1975 diplomatische Beziehungen auf. Während der zweiten Hälfte des Kalten Krieges bildete Thailand eine lose militärische Allianz mit China gegen die vietnamesischen Kommunisten. In der Zeit nach dem Kalten Krieg blieben die bilateralen Beziehungen stabil, vermutlich, da zwischen Thailand und China keine Gebietsstreitigkeiten bestehen. Es gibt stabile Verbindungen zwischen der thailändischen königlichen Familie und der chinesischen Führung sowie der in Thailand integrierten chinesischen Gemeinschaft. China ist Thailands größter Handelspartner und hat als erste Großmacht die Militärjunta anerkannt. Im November 2014 kam der chinesische Premierminister Li Keqiang als erster Staatsführer eines großen Landes nach dem Putsch zu einem offiziellen Besuch nach Thailand und zeigte damit seine Anerkennung der von der Militärjunta angeführten Regierung.⁵⁰

Bei diesem Besuch unterzeichnete der chinesische Premier Li Keqiang einen Vertrag mit einem Volumen von 12,2 Mrd. USD über den Bau einer Eisenbahnlinie zwischen der chinesischen Stadt Kunming und Bangkok. Weniger flexibel zeigten sich die thailändischen Beamten dagegen gegenüber den von China vorgeschlagenen Bedingungen für den Bau: darunter ein chinesisches Management, Rechte zur Landentwicklung entlang der 870 Kilometer langen Strecke und ein Zinssatz von 4 % auf mit dem Projekt verbundene Darlehen⁵¹. Seit 2010 führen China und Thailand regelmäßig gemeinsame militärische Übungen durch.

Außerdem bietet Chinas wachsende Mittelschicht zunehmende Handels- und Investitionsmöglichkeiten zwischen den beiden Ländern. Im Jahresverlauf 1995 besuchten 15.000 chinesische Touristen Thailand. 2007 war die Zahl der chinesischen Touristen auf fast eine Million pro Jahr

⁵⁰ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China: Li Keqiang meets with Prime Minister Prayuth Chan-ocha of Thailand, stressing to translate China-Thailand Friendship into Practical Results Benefiting the People, 2014, http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/topics_665678/ytjhzdsrcldrfzshyjxghd/t1209529.shtml

⁵¹ Yale Global: Thai Coup Alienates US Giving China New Opening, 2015, <http://yaleglobal.yale.edu/content/thai-coup-alienates-us-giving-china-new-opening>

Ein Verleger aus Hong Kong verschwand in Thailand und war später im chinesischen Fernsehen zu sehen, wo er ein öffentliches Geständnis ablegte.

Im November 2015 verschwanden in Thailand zwei chinesische Dissidenten, im Januar 2016 ein Journalist.

Während des Kalten Krieges war Thailand ein loyaler politischer und militärischer Verbündeter der USA.

Der Umfang der jährlichen Militärübung „Cobra Gold“ wurde reduziert.

Die Obama-Regierung hat deutlich gemacht, dass die USA Demokratie und eine Verbesserung der Menschenrechte in Thailand erwarten, bevor sie ihre langjährige

angestiegen und übertraf damit die 700.000 jährlichen Touristen aus den USA⁵².

Bangkok ist so sehr auf gute Beziehungen mit Beijing erpicht, dass es im Juli 2015 bedenkenlos die gewaltsame, gegen das Völkerrecht verstoßende Rückführung von über 100 Mitgliedern der ethnischen Minderheit der Uiguren nach China durchführte, wo diese mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen⁵³. Außerdem ließ die Militärjunta im Oktober 2015 das Verschwinden des Verlegers Gui Minhai aus Hong Kong zu, der auf Bücher über die Kommunistische Partei Chinas spezialisiert ist und in Thailand Urlaub machte. Gui wurde später im chinesischen Fernsehen gezeigt, wie er ein öffentliches Geständnis ablegte. Im November 2015 wurden die beiden chinesischen Dissidenten Jiang Yefei und Dong Guanping, die in Thailand Zuflucht suchten, nach China zurückgeschickt, obwohl die Vereinten Nationen sie als Flüchtlinge anerkannt hatten. Zuletzt verschwand im Januar 2016 ein chinesischer Journalist namens Li Xin in Thailand.

Vereinigte Staaten von Amerika

Während des Kalten Krieges war Thailand ein loyaler politischer und militärischer Verbündeter der USA, seither hat das Land seine Außenpolitik sukzessive jedoch auf seine Nachbarschaft neu ausgerichtet. Washington betrachtet Bangkok als strategischen Akteur in der Region und hatte daher ein großes Interesse am Austausch mit dem thailändischen Militär. Dies spiegelt sich in der jährlichen multilateralen Übung „Cobra Gold“ wieder, bei der die beiden Länder seit 1982 eine Führungsrolle spielen. „Cobra Gold“ ist heute eine der größten Militärübungen in der Region, über 20 Länder sind daran beteiligt.⁵⁴ Als Reaktion auf den Militärputsch in Thailand reduzierte Washington die Übung jedoch im Jahr 2015 und beschränkte die Manöver auf um rund 20 % gekürzte humanitäre Einsätze und Seekomponenten. Analytiker mutmaßen, dass die „Cobra Gold“-Übung 2016 ganz abgesagt werden könnte, solange Thailand nicht auf dem Weg zu demokratischen Wahlen ist⁵⁵.

Die Obama-Regierung hat deutlich gemacht, dass die USA Demokratie und eine Verbesserung der Menschenrechte in Thailand erwarten, bevor sie ihre langjährige Partnerschaft wieder aufnehmen. Allerdings leisteten die USA nach dem Putsch im Einklang mit amerikanischen Rechtsvorschriften über

⁵² Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China: Li Keqiang meets with Prime Minister Prayuth Chan-ocha of Thailand, stressing to translate China-Thailand Friendship into Practical Results Benefiting the People, 2014, http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/topics_665678/ytjhzzdrscldrfzshyjxghd/t1209529.shtml

⁵³ New York Times, Chris Buckley und Thomas Fuller: Chinese Journalist Seeking Refuge in Thailand Disappears, 25. Januar 2016 http://www.nytimes.com/2016/01/26/world/asia/china-thailand-li-xin.html?_r=0

⁵⁴ Nikkei Asian Review: Thai plan to buy China subs has US on edge, 2015, <http://asia.nikkei.com/Politics-Economy/International-Relations/Thai-plan-to-buy-China-subbs-has-US-on-edge>

⁵⁵ Yale Global: Thai Coup Alienates US Giving China New Opening, 2015, <http://yaleglobal.yale.edu/content/thai-coup-alienates-us-giving-china-new-opening>

Partnerschaft wieder aufnehmen.

die Hilfe für Länder, in denen Demokratie und Rechte untergraben werden, Unterstützung im Sicherheitsbereich in Höhe von über 4,7 Millionen USD an Thailand⁵⁶.

Russlands Beziehungen mit Thailand florieren.

Russland

Russlands Beziehungen mit Thailand florieren. Russland hat Hubschrauber, Panzer, Trainings zur Terrorismusbekämpfung und Unterstützung in geheimdienstlichen Fragen an das von der Militärregierung geführte Land geliefert. In den vergangenen 19 Monaten traf der General und Premierminister Prayuth dreimal den russischen Premierminister Dimitry Medvedev, der im April 2015 – als erster russischer Premierminister seit 25 Jahren – Thailand besuchte. Medvedev bot Thailand die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion an, der Vietnam 2015 beigetreten war [Anm. d. Übers.: Die eurasische Wirtschaftsunion und Vietnam schlossen am 29. Mai 2015 ein Freihandelsabkommen ab, s. u. a. <http://tass.ru/en/economy/871975>]. Außerdem besuchte im Februar 2016 der thailändische Verteidigungsminister General Prawit Wongsuwon Moskau, um die militärischen Beziehungen zu stärken. Der Sekretär des Sicherheitsrats der Russischen Föderation, Nikolai Patruschew, stattete Thailand in diesem Jahr ebenfalls einen Besuch ab und vereinbarte ein neues Treffen der Arbeitsgruppe Sicherheit. Der russische Botschafter in Thailand erklärte, dass Moskaus Bereitschaft zur Unterstützung von Premierminister Prayuth Chan-o-cha in deutlichem Gegensatz zur Haltung der Obama-Regierung stehe⁵⁷.

Die Beziehungen zwischen Thailand und Kambodscha haben sich verbessert, seit der Grenzkonflikt im Zusammenhang mit dem Tempel Prasat Preah Vihear gelöst wurde.

Kambodscha

Seit Jahrzehnten ist zwischen Kambodscha und Thailand ein Streit um den im 11. Jahrhundert an der Grenze zwischen beiden Ländern errichteten Tempel Prasat Preah Vihear im Gange. Am 11. November 2013 bestätigte der Internationale Gerichtshof erneut das Urteil aus dem Jahre 1962, demzufolge Kambodscha die Souveränität über das gesamte Gebiet des Vorgebirges um Preah Vihear hat und das thailändische Militär sowie die Polizeikräfte sich zurückziehen müssen. Zuvor hatte Thailand eine gemeinsame Kommission mit Kambodscha eingesetzt, um über gemeinsame Entwicklungspläne zu verhandeln, die Initiative kam jedoch aufgrund der politischen Krise in Bangkok nicht zustande. Premierminister Hun Sens ausgezeichneten Beziehungen zum früheren Premierminister Thaksin trugen vermutlich zur Eskalation [Anm. d. Übers.: gemeint ist

⁵⁶ The Nation: No thaw in Thai-US relations without full democracy, 2015, <http://www.nationmultimedia.com/opinion/No-thaw-in-Thai-US-relations-without-full-democrac-30270249.html>

⁵⁷ Washington Times: Russia boosts Thailand's military as U.S steps aside after coup, 2016, <http://www.washingtontimes.com/news/2016/feb/21/russia-boosts-prayuth-chan-ochas-military-in-thail/?page=all>

vermutlich „Deeskalation“) der Spannungen im Grenzgebiet bei, bevor Yingluck zum Premierminister gewählt wurde⁵⁸. Tausende Wanderarbeiter aus Kambodscha migrieren jährlich nach Thailand.

Beziehungen zu Myanmar/Birma

In den Beziehungen zu Myanmar/Birma stehen wesentliche Interessen Thailands auf dem Spiel.

Die Politik des „konstruktiven Engagements“ der ASEAN gegenüber Myanmar wurde lange Zeit von Thailand angeführt. Wesentliche Interessen Thailands stehen auf dem Spiel, da Bangkok von Gasimporten aus Myanmar abhängig ist und von Konzessionen zum Holzeinschlag in Myanmar profitiert.

Die 2 100 km lange Grenze zwischen Thailand und Myanmar ist seit Jahren ein Zufluchtsort für Milizen ethnischer Minderheiten, die sich Rangun widersetzen. Außerdem ist Thailand mit grenzüberschreitendem Drogenhandel und illegaler Einwanderung aus Myanmar konfrontiert. Seit knapp 20 Jahren nimmt Thailand birmesische Flüchtlinge auf, die vor Gewalt in ihrer Heimat fliehen.

Nordkorea

Die Beziehungen zwischen Nordkorea und Thailand sind ausgezeichnet.

2015 hielt die Militärregierung Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen Thailand und Nordkorea ab. Dabei bot Nordkorea an, zur Unterstützung zukünftiger thailändischer Investitionen und des kulturellen Austauschs eine thailändische Botschaft in seiner Hauptstadt zu eröffnen. Nordkorea schlug eine Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern vor. Der thailändische stellvertretende Premierminister Wisanu Krue-ngam dankte Nordkorea für das Verständnis der politischen Lage in Thailand und die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Militärregierung⁵⁹.

3.10 Wirtschaft

Die thailändische Wirtschaft zeigt sich trotz der politischen Wirren widerstandsfähig.

Das Wirtschaftswachstum verzeichnete 2015 einen moderaten Anstieg von 2,8 %.

Thailand ist die zweitgrößte Wirtschaftsmacht in Südostasien und eins der wichtigsten Ziele für ausländische Investitionen und den Tourismus in der Region. Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) Thailands beträgt 404,8 Mrd. USD (2014), das entspricht etwa 5.780 USD pro Kopf. Dank seiner wirtschaftlichen Ergebnisse ist das Land in die Weltbank-Kategorie der Länder „mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich“ aufgestiegen.

Trotz der Widerstandsfähigkeit der thailändischen Wirtschaft gegenüber externen Schocks, politischen Krisen und Naturkatastrophen hatte der Putsch im Mai 2014 einen starken Konjunkturrückgang zur Folge. Das Wachstum des thailändischen BIP verlangsamte sich 2014 auf 0,8 % (s. Abb. 1). Derzeit scheint sich die Wirtschaft leicht zu erholen, wie die

⁵⁸ The Economist: Thailand and Cambodia, 2013,

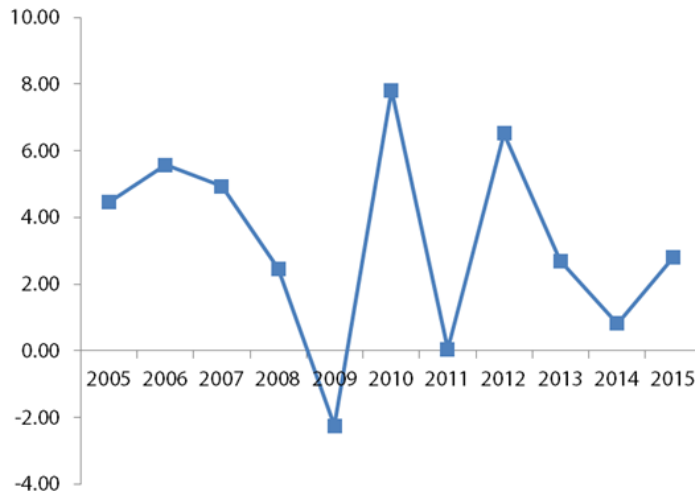
<http://www.economist.com/blogs/banyan/2013/11/thailand-and-cambodia>

⁵⁹ Coconuts Bangkok: Thailand to celebrate close relations with North Korea, 2015

<http://bangkok.coconuts.co/2015/01/08/thailand-celebrate-close-relations-north-korea>

geschätzte Wachstumsrate von +2,8 % für das Jahr 2015 zeigt (IWF WEO 2015, Schätzung).

Abbildung 1:
Wachstumsrate des
thailändischen BIP (in %)

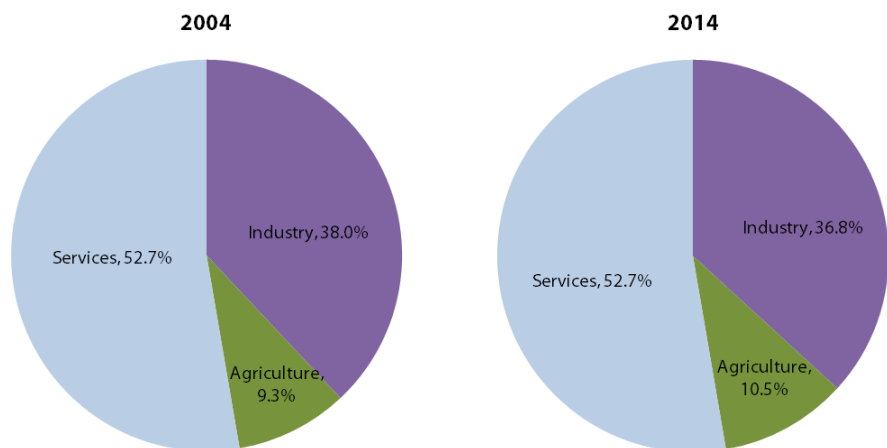


Quelle: International Financial Statistics des Internationalen Währungsfonds

Thailand ist ein
Industrieland mit einem
schnell wachsenden
Dienstleistungssektor.

Über 40 Jahre lang konnte Thailand bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolge verzeichnen, die dazu führten, dass sich das Land von einer Agrar- zu einer Industrienation entwickelte. Dieser Übergang hatte einen deutlichen Rückgang des BIP-Anteils aus dem Landwirtschaftssektor, der heute nur noch 10 % beträgt, zur Folge. Trotz dieses geringen Anteils bildet die Landwirtschaft weiterhin das Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung in Thailand und spielt nach wie vor eine Schlüsselrolle als weit verbreitete Einkommensquelle für die thailändische Bevölkerung. Über 25 % aller Exporte stammen aus dem Landwirtschaftssektor, während landwirtschaftliche Importe unbedeutend sind. Der Hauptmotor für das thailändische Wachstum war jedoch die Entwicklung der Fertigungsindustrie. Der Beitrag der Industrie zum thailändischen BIP liegt heute unter 37 %. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich in Thailand auch ein starker Dienstleistungssektor entwickelt, der heute über 50 % des BIP erwirtschaftet (s. Abb. 2). Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Tourismus sind in diesem Sektor vorherrschend.

Abbildung 2:
Entwicklung der
Wirtschaftssektoren – Anteil
der Sektoren an der
Wertschöpfung (in %).



Quelle: Weltbank

Der Dienstleistungssektor hat sich vom Abschwung im Jahr 2014 schneller erholt. Die Erholung der Industrie war moderat, die Landwirtschaft stagniert nach wie vor.

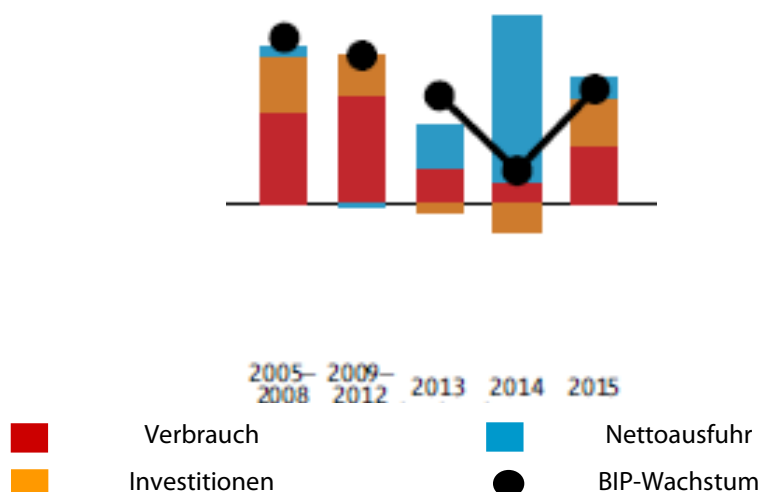
Die öffentlichen Investitionen stiegen nach dem Rückgang im Vorjahr 2015 wieder an und unterstützten die Erholung der Wirtschaft allgemein.

Die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen zeigten die positive Rolle des Dienstleistungssektors. Die Dienstleistungen stiegen 2015 um 5 % an, wobei der Tourismus einen bedeutenden Beitrag zur allgemeinen Erholung leistete. Der Tourismus und die damit verbundenen Dienstleistungen profitierten von einem Anstieg der Urlauberzahlen um 20 % gegenüber 2014⁶⁰.

Auch die Industrie verzeichnete ein moderates Wachstum (+2 %), das im Wesentlichen auf der Autoproduktion und der Lebensmittelverarbeitung beruht. Die Landwirtschaft schrumpfte wegen der niedrigen weltweiten Rohstoffpreise in Verbindung mit externen Schocks in einigen Schlüsselbranchen (Reis, Palmöl und Fischfang) weiter.

Hauptmotor für die Erholung waren jedoch die öffentlichen Investitionen. Der Staat kurbelte das Wachstum mit gesteigerten Aufwendungen für Infrastrukturvorhaben (z. B. Wasserwirtschaft, Straßenbau, Dorf- und Gemeinschaftsprojekte) an (s. Abb. 3).

Abbildung 3:
Inflation in Thailand, Verbraucherpreisindex (pro Jahr in %)



Quelle: Havier Analytics; Schätzungen von Weltbankangestellten (Weltbank-Gruppe 2016)

Die Binnennachfrage ist weiterhin schwach.

Die Steigerung der Nettoausfuhr ist eher auf einen Rückgang der Importe zurückzuführen als auf einen Anstieg der Exporte.

Ein weiterer Faktor, der zum Konjunkturrückgang 2014 beigetragen hat, war die niedrige Inlands- und Auslandsnachfrage. 2015 gab es jedoch einige verhalten positive Signale. Im Inland stieg der private Konsum um 2,1 % gegenüber 2014 an. Auch die Nettoausfuhr stiegen stärker als in den Vorjahren. Dieser positive Beitrag zum BIP-Wachstum ergibt sich aus einem realen Rückgang der Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen, der die Verringerung des Exports ausglich. Diese Dynamik mit ihren Auswirkungen auf den Import spiegelt den Rückgang der Binnennachfrage in Verbindung mit gesunkenen Rohstoffpreisen wider. Bei den Einfuhren konnten im Vergleich höhere Einnahmen aus dem Tourismus den Rückgang bei den Warenausfuhr ausgleichen. In der Folge war die

⁶⁰ Asia Development Bank (ADB), Asian Development Outlook 2016: Asia's Potential Growth, März 2016.

Inflation zum ersten Mal seit September 2009 negativ (s. Abb. 4).

Abbildung 4:
Inflation in Thailand,
Verbraucherpreisindex (pro
Jahr in %)



Quelle: Weltbank

Die Wirtschaftsprognosen stimmen hoffnungsvoll, vorausgesetzt, die politische Stabilität und Investitionen bleiben gewahrt.

Die Wirtschaftsprognosen für die nächsten Jahre sind positiv, wenn auch moderat. Die Prognose der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) liegt für 2016 bei 3 % und für 2017 bei 3,5 %. Dieses Szenario beruht auf der Annahme, dass das politische Klima stabil bleibt und weiterhin öffentliche Infrastrukturinvestitionen das Wachstum befeuern. Insbesondere könnten öffentliche Ausgaben dank der Umsetzung des Verkehrsinfrastruktur-Masterplans (1916–1922), der für 2016 die Realisierung von 20 Infrastrukturvorhaben mit einem Gesamtvolumen von 51 Mrd. USD vorsieht, die Investitionen ankurbeln⁶¹.

Um eine positive Wirtschaftsleistung sicherzustellen, sollte Thailand Faktoren im Zusammenhang mit seiner Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität verbessern. Nach dem „Index of Economic Freedom“ der Heritage Foundation, einer internationalen Klassifizierung des wirtschaftlichen Freiheitsgrads, schnitt Thailand sehr schlecht bei der Rechtsstaatlichkeit (Verfügungsrechte, Korruption) ab, die jedoch einen wichtigen Faktor für die Attraktivität eines Landes für ausländische Investoren darstellt. Im Einklang mit diesem Ergebnis fiel Thailands Platzierung beim Weltbank-Ranking der Geschäftsfreundlichkeit („Ease of Doing Business“) von Platz 46 im Jahr 2015 auf Platz 49 im Jahr 2016 unter insgesamt 189 Ländern⁶².

⁶¹ Zu den Projekten gehören Schnellstraßen, Eisenbahnlinien, Seehäfen, Erweiterung eines internationalen Flughafens in Bangkok usw.

⁶² Das Weltbank-Ranking „Ease of Doing Business“ klassifiziert Volkswirtschaften von 1 bis 189; der erste Platz entspricht dem besten Ergebnis.

<http://www.doingbusiness.org/data/exploreeconomies/thailand/>

3.11 Handel

China und die EU sind
Thailands wichtigste
Handelspartner.

Thailand ist ein wichtiger
globaler Produzent und
Exporteur
landwirtschaftlicher
Erzeugnisse und
verarbeiteter Lebensmittel.

Thailand trat 1995 der Welthandelsorganisation bei. Die Wirtschaft hat einen hohen Grad der Offenheit gegenüber internationalem Handel und Integration in die Weltwirtschaft bewahrt. Der Index für die Handelsoffenheit (Summe der Ausfuhren und Einfuhren von Gütern und Dienstleistungen relativ zum BIP) erreichte 2014 den Wert 131,8 %.

Die thailändischen Ausfuhren beliefen sich 2014 auf rund 227,9 Mrd. USD, die Einfuhren auf etwa 227,5 Mrd. USD (s. Abb. 5). Die wichtigsten Handelspartner Thailands sind Japan, China, die EU und die USA. In letzter Zeit verstärkte Thailand seine Handels- und Investitionsbeziehungen mit Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam.

Thailand ist ein wichtiger globaler Produzent und Exporteur landwirtschaftlicher Erzeugnisse und verarbeiteter Lebensmittel. Hauptexportgüter sind unter anderem Reis⁶³, Fischereierzeugnisse (Thunfischkonserven), Kraftfahrzeuge und Automobilteile, Elektrogeräte, Computer und Teile sowie Schmuckwaren und Edelsteine. Zu den wichtigsten Einfuhrgütern gehören Maschinen und Teile, Rohöl, elektrische Maschinen und Teile, Chemikalien, Eisen und Stahl und zugehörige Erzeugnisse, Automobilteile sowie Schmuckwaren.

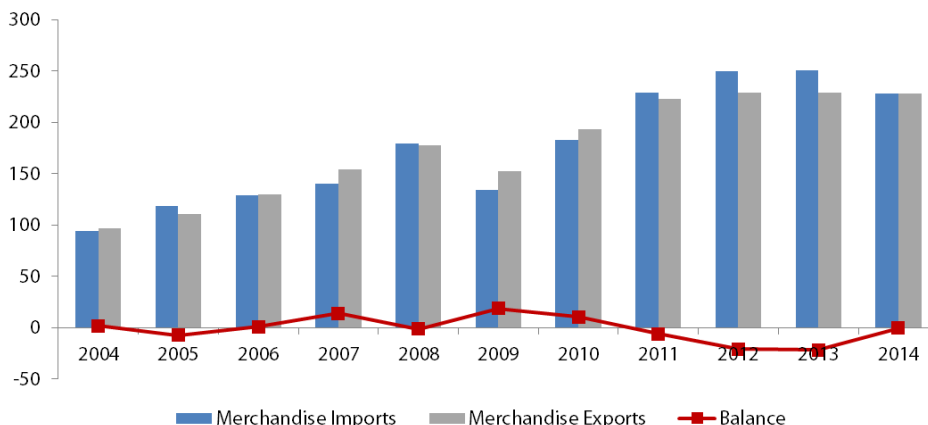
Abbildung 5:
Thailands fünf wichtigste
Handelspartner, 2014

Ursprungsland der Einfuhren				Bestimmungsland der Ausfuhren				Handelspartner			
Nr.	Ursprung	Mio. EUR	%	Nr.	Bestimmung	Mio. EUR	%	Nr.	Handelspartner	Mio. EUR	Bilanz
1	China	28 114	16,9	1	China	18 116	11,0	1	China	46 230	-9 998
2	Japan	25 942	15,6	2	USA	17 308	10,5	2	Japan	41 646	-10 238
3	EU der 28	14 159	8,5	3	EU der 28	16 698	10,2	3	EU der 28	30 857	2 539
4	USA	10 722	6,4	4	Japan	15 704	9,6	4	USA	28 031	6 586
5	Malaysia	9 311	5,6	5	Malaysia	9 218	5,6	5	Malaysia	18 529	-93
Alle Einfuhren:		166 373		Alle Ausfuhren:		164 326		Handelsbilanz:			-2 047

Quelle: GD Handel, Europäische Kommission.

⁶³ Lange Zeit hatte Thailand eine Interventionsregelung für den Reispreis (bis zum Jahr 2014), eine langfristige Strategie für diesen Sektor muss jedoch noch vollständig bestimmt werden (WTO Trade Policy Review 2015).

Abbildung 6:
Thailands Wareneinfuhren
und -ausfuhren in Milliarden
US-Dollar



Quelle: Daten/Indikatoren der Weltbank

Die Handelsordnung ist durch hohe Zollsätze in ausgewählten Branchen geprägt, insbesondere in der Landwirtschaft. Daneben bestehen weitere Handelshemmnisse wie fehlende Transparenz in der Zollpolitik, die Anwendung von Preiskontrollen oder Einfuhrlizenzen in bestimmten Branchen sowie ein unzureichender Schutz von Rechten am geistigen Eigentum⁶⁴.

Thailand beteiligt sich an verschiedenen regionalen und bilateralen Freihandelsabkommen. Es hat Handelsabkommen mit Bahrain, China, Peru, Australien, Japan, Indien und Neuseeland unterzeichnet. 2004 leitete Thailand außerdem Verhandlungen mit den USA ein, aber die Gespräche wurden 2006 ausgesetzt und seither nicht wieder aufgenommen. Mit Chile hat Thailand dagegen ein Freihandelsabkommen unterzeichnet, und ein präferenzielles Handelsabkommen („partial-scope agreement“) mit Peru ist mittlerweile in Kraft.

Thailand ist der Transpazifischen Partnerschaft (Trans-Pacific Partnership, TPP) noch nicht beigetreten, auch wenn die USA das Land als möglichen Partner betrachten. Viele thailändische Unternehmen und Mitglieder der Zivilgesellschaft sind misstrauisch im Hinblick auf mögliche Verpflichtungen bei Urheberrechten und Patenten sowie auf Pflichten im Zusammenhang mit nicht-herkömmlichen Handelsaspekten wie arbeitsrechtlichen Bestimmungen oder dem Zugang zu medizinischer Versorgung. Nach der Unterzeichnung der Transpazifischen Partnerschaft ist infolge von Zollauswirkungen (für den Handel zwischen TPP-Mitgliedstaaten gelten niedrigere Zölle) und strengeren Ursprungsregeln für TPP-Nichtmitglieder ein stärkerer Wettbewerb mit TPP-Mitgliedstaaten zu erwarten. Thailand könnte in der Automobil- und Verkehrsmittelindustrie negative Auswirkungen zu spüren bekommen.

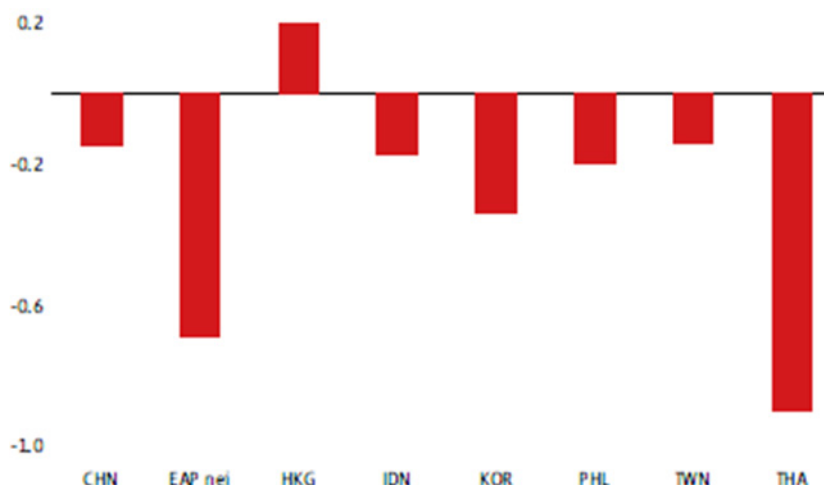
Thailand entschied sich gegen eine Teilnahme an den Verhandlungen über die Transpazifische Partnerschaft (TPP) und steht nun vor ernsthaften Risiken der Handelsumlenkung.

Der Ausschluss aus der TPP könnte Thailand 0,9 % seines BIP kosten.

⁶⁴ Handelsbeauftragter der Vereinigten Staaten (USTR): 2014 National Trade Estimate Report on Foreign Trade Barriers, 2014, <http://www.ustr.gov/sites/default/files/2014%20NTE%20Report%20on%20FTB%20Thailand.pdf>.

Gemäß der Prognose der Weltbank-Gruppe für ein Szenario nach der TPP-Umsetzung könnte das BIP um 0,9 % zurückgehen⁶⁵. Diese Schätzung entspricht dem höchsten erwarteten BIP-Rückgang unter den TPP-Nichtmitgliedern in Asien (s. Abb. 7).

Abbildung 7:
Veränderung des BIP für
TPP-Nichtmitglieder (in %)



Quelle: Javier Analytics; Schätzungen von Weltbankangestellten (Weltbank-Gruppe 2016)

Handels- und Investitionsmöglichkeiten für Thailand könnten sich aus der ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft (ASEAN Economic Community, AEC) ergeben, die am 31. Dezember 2015 in Kraft getreten ist.

Die Aussichten innerhalb der ASEAN sehen besser aus, da Thailand sich gerade zur wichtigsten logistischen Drehscheibe und Schnittstelle für Handel und Investitionen in der Region entwickelt.

Bei der Umsetzung des umfassenden ASEAN-Investitionsabkommens ACIA (ASEAN Comprehensive Investment Agreement) zur Liberalisierung und zum Schutz von grenzüberschreitender Investitionstätigkeit und Investitionen wurden Fortschritte erzielt. Wichtige Entwicklungen der Infrastruktur zur Verbesserung der Verbindungen in Südostasien über die Schiene, über die Straße und über den See- und Luftverkehr sind bereits im Gange. Thailand hat seine Rolle als logistische Drehscheibe und Schnittstelle für den Handel innerhalb der ASEAN und nach Übersee weiter ausgebaut.

4 Die EU und Thailand

4.1 Politische Beziehungen

Das EG-ASEAN-Abkommen aus dem Jahr 1980 bildet den rechtlichen Rahmen für die Beziehungen zu Thailand.

Im November 2013 wurde das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen

⁶⁵ Weltbank: Growing Challenges, 2014, <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/24015/9781464809064.pdf>

(PKA) zwischen der EU und Thailand paraphiert. Am 23. Juni 2014 hat der Rat Schlussfolgerungen zu Thailand angenommen, in denen es heißt: „Offizielle Besuche nach Thailand und aus Thailand sind ausgesetzt worden; die EU und ihre Mitgliedstaaten werden das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Thailand nicht unterzeichnen, solange keine demokratisch gewählte Regierung eingesetzt ist. Andere Abkommen werden unter Umständen ebenfalls betroffen sein⁶⁶.

4.2 Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe der EU

Als Land „mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich“, das in der Lage ist, seine Entwicklung selbst zu finanzieren, erhält Thailand keine bilateralen EU-Finanzhilfen mehr im Rahmen des Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI).

Als Land „mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich“, das in der Lage ist, seine Entwicklung selbst zu finanzieren, erhält Thailand künftig keine bilateralen EU-Finanzhilfen mehr im Rahmen des Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI). Nach dem Prinzip der „Differenzierung“ kann das Land jedoch weiterhin Mittel im Rahmen thematischer und regionaler Programme erhalten.

Etwa 120 000 Flüchtlinge aus Myanmar/Birma halten sich in Lagern entlang der Grenze auf. Die EU hat diesen Lagern seit dem Beginn der Flüchtlingskrise im Jahr 1995 Hilfsleistungen in Höhe von 150 Mio. EUR für Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen zukommen lassen. Von dieser Summe wurden mehr als 100 Mio. EUR über die Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Kommission bereitgestellt. Während der Überschwemmungen in Thailand im Jahr 2011 stellte die EU 2 Mio. EUR zur Finanzierung der dringlichsten Maßnahmen bereit.

4.3 Menschenrechte

Die EU hat das Regime wiederholt zur Achtung der Menschenrechte gemahnt und ihre Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verstärkt.

Die EU hat das Regime wiederholt zur **Wiederaufnahme des demokratischen Prozesses, zur Achtung der Menschenrechte und zur Einstellung der Verfahren gegen Zivilisten vor Militärgerichten** aufgefordert. Nach dem Putsch verstärkte die EU ihre **Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft**, unter anderem durch regelmäßige Konsultationen mit der Zivilgesellschaft zur Bewertung der Lage von Menschenrechtsverteidigern. Darüber hinaus besichtigte die Delegation verschiedene Provinzen und besuchte inhaftierte Studenten⁶⁷.

Die EU führt Projekte zur Förderung der Menschenrechte in Thailand durch. Es gibt 21 Projekte, die im Rahmen des Programms für nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden umgesetzt werden. Außerdem wurde ein neues Programm mit einer Laufzeit von 2014 bis 2020 für zivilgesellschaftliche Organisationen geschaffen. Die EU-Delegation hat für

⁶⁶ Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates zu Thailand, 2014, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/143330.pdf

⁶⁷ EU-Jahresbericht 2014 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt, http://eeas.europa.eu/human_rights/docs/2014-hr-annual-report_en.pdf

den Zeitraum 2014-2017 die vorläufige Zuweisung von 12 Mio. EUR eingereicht.

In den Jahren 2015-2016 unterstützt die EU eine Reihe von **Projekten**, darunter: 10 Mio. EUR für entwurzelte Bevölkerungsgruppen

- 10 Mio. EUR für entwurzelte Bevölkerungsgruppen⁶⁸
- 6 Mio. EUR zur Verbesserung der Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Regierungs- und Entwicklungsprozessen (2015)⁶⁹
- 3,7 Mio. EUR für ein Projekt der Internationalen Arbeitsorganisation über die Bedingungen in der thailändischen Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie⁷⁰.

Der jüngste **politische Dialog über Menschenrechte zwischen der EU und der ASEAN** fand im Oktober 2015 in Brüssel statt. Die Teilnehmer erörterten unter anderem die Themen Menschenhandel, soziale Verantwortung von Unternehmen und Recht auf freie Meinungsäußerung. Zur Unterstützung der ASEAN-Menschenrechtsgremien und der Mitgliedstaaten im Bereich der Menschenrechte gründeten die EU und die ASEAN das regionale Dialoginstrument EU-ASEAN Dialogue Instrument Human Rights Facility⁷¹.

Eine weitere Gelegenheit, Menschenrechtsfragen und internationale Verpflichtungen gegenüber dem Regime anzusprechen, wird die anstehende UPR-Überprüfung (**Universal Periodic Review**) im Mai 2016 bieten⁷².

Die bevorstehende UPR-Überprüfung Thailands im Mai 2016 bietet für die EU die Gelegenheit, die Menschenrechtsproblematik anzusprechen.

4.4 Handelsbeziehungen

Die EU ist nach China und Japan drittgrößter Handelspartner Thailands.

Außerdem ist die EU der zweitgrößte Investor in

Thailand liegt derzeit auf Rang 24 der Liste weltweiter Handelspartner der EU und ist nach Singapur und Malaysia **derzeit drittgrößter Handelspartner der EU in der ASEAN**. Umgekehrt ist die EU nach China und Japan drittgrößter Handelspartner Thailands. Im Jahr 2015 beliefen sich die Ausfuhren aus Thailand in die EU auf 19,5 Mrd. EUR und die Einfuhren aus der EU auf 13,3 Mrd. EUR, bei einem Gesamthandel von 32,8 Mrd. EUR.

Ausfuhrgüter der EU sind vorwiegend Hochtechnologieprodukte einschließlich Maschinen und Elektrogeräten, Arzneimitteln, Fahrzeugen,

⁶⁸ Anhang 2 zur Durchführungsentscheidung der Europäischen Kommission 2015 https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/aap-financing-asia-regional-annex2-20150813_en.pdf

⁶⁹ Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für Beihilfen der Europäischen Union für Thailand 2015 https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/awp-2015-thailand-deleg_en.pdf

⁷⁰ ILO: Combatting unacceptable forms of work in the Thai Fishing and Seafood Industry, 2016, http://www.ilo.org/global/meetings-and-events/regional-meetings/asia/aprm-15/media-centre/WCMS_460873/lang--en/index.htm

⁷¹ ASEAN: Readi Dialogue, 2016/17, <http://readi.asean.org/dialogue/>

⁷² <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/UPR/Pages/UPRSessions.aspx>

Thailand.

Edelmetallen und optischen Instrumenten. Zu den wichtigsten Exportgütern Thailands gehören Maschinen und Elektrogeräte, Nahrungsmittel, Kunststoffe/Naturkautschuk, Fahrzeuge und Edelmetalle/Perlen.

Die EU ist auch der zweitgrößte Investor in Thailand. Die Investitionsbestände beliefen sich 2011 auf 14,07 Mrd. EUR, während 2010 die kumulativen ausländischen Direktinvestitionen Thailands in die EU 800 Mio. EUR betragen. Das Potenzial für europäische Investitionen ist durch Hemmnisse beeinträchtigt, darunter ein schwieriges unternehmerisches Umfeld und Einschränkungen für ausländische Direktinvestitionen (z. B. Beschränkungen bezüglich des ausländischen Eigentums oder sektorspezifische Verordnungen etwa im Finanz-, Telekommunikations-, Logistik- oder Versicherungssektor).

Abbildung 8:
Warenverkehr zwischen der EU und Thailand

	Einfuhren aus der EU:	Ausfuhren in die EU:
Wert 2015	13 369 Mio. EUR	19 537 Mio. EUR
Wert 2014	12 450 Mio. EUR	18 538 Mio. EUR
Rang der EU (für Thailand), 2014	3	3
Rang Thailands (für die EU), 2014	28	19
Prozentualer Anteil am Gesamtwert Thailands, 2014:	8,5 %	10,2 %
Prozentualer Anteil am EU-Gesamtwert, 2014	0,7 %	1,1 %

Quelle: GD Handel, Europäische Kommission.

Die APS-Präferenzen der EU liefen 2015 wegen der Einstufung Thailands als Land mit mittlerem Einkommen aus.

Die 2013 begonnenen Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Thailand wurden nach zwei Verhandlungsrunden infolge des Putsches ausgesetzt. Das Freihandelsabkommen sollte die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern beleben und hätte Thailand die Möglichkeit bieten können, den Verlust von Zollpräferenzen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (ASP) der EU im Jahr 2015 teilweise auszugleichen. Nachdem die EU mit Vietnam ein Freihandelsabkommen abgeschlossen hat und mit anderen Mitgliedern in der Region laufende Gespräche führt, werden sich die Handels- und Investitionsbeziehungen Thailands mit der EU möglicherweise verschlechtern, wenn nicht rasch die Demokratie wiederhergestellt wird und die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen neu aufgenommen werden können.

4.5 EU-Thailand-Dialog Illegale, nicht gemeldete und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei)

Die EU spielt eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei).

Die EU-IUU-Verordnung zielt auf die Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei ab.

Die Staaten müssen den Ursprung von Meeres- und Fischereierzeugnissen, die in die EU ausgeführt werden, bescheinigen.

Die Europäische Kommission kann gelbe und rote Karten verhängen, wenn ein Land gegen die IUU-Verordnung verstößt.

Thailand ist ein wichtiger Exporteur von Fischereierzeugnissen in die EU.

Die Europäische Kommission stellte Mängel in der thailändischen Fischereiindustrie fest und

Die Europäische Union (EU), auf die rund 30 % der weltweiten Fischeinfuhren entfallen, spielt eine **Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei)**.

Am 1. Januar 2010 verabschiedete die EU die Verordnung Nr. 1005/2008/EG zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei. Die Verordnung gilt für alle **Anlandungen und Umladungen** von Fischereifahrzeugen aus der EU und Drittländern in EU-Häfen sowie jeglichen **Handel** mit Seefischereierzeugnissen in die und aus der EU. Sie soll sicherstellen, dass auf dem EU-Markt keine illegal gefangenen Erzeugnisse der Fischerei verkauft werden.

Die Verordnung verpflichtet Flaggenstaaten, **Ursprung und Legalität** der Fischereierzeugnisse zu bescheinigen und dabei die volle **Rückverfolgbarkeit** des gesamten Handels mit Seefischereierzeugnissen in die und aus der EU zu gewährleisten. Ist ein Flaggenstaat nicht in der Lage, die Legalität der Erzeugnisse nach internationalen Vorschriften zu bescheinigen, leitet die Europäische Kommission einen **Prozess der Zusammenarbeit und Unterstützung** ein, um dem Land bei der Verbesserung seiner rechtlichen Rahmenbedingungen und Verfahren zu helfen. Meilensteine in diesem Prozess sind Warnungen (**gelbe Karten**), **grüne Karten** bei erfolgreicher Behebung der Probleme und **rote Karten**, wenn die Probleme nicht behoben wurden; rote Karten führen zu einem Handelsverbot.

Neben dem Bescheinigungssystem führt die IUU-Verordnung ein **EU-Warnsystem** zur gemeinsamen Nutzung von Informationen über verdächtige Fälle illegalen Vorgehens zwischen den Zollbehörden der EU-Mitgliedstaaten ein.

Thailand ist ein wichtiger Exporteur von Fischereierzeugnissen in die EU. **2014** betrug der Wert der thailändischen Fischereiausfuhren **4,8 Mrd. EUR** (der Gesamtwert der Fischereiausfuhren in die EU belief sich 2014 auf 575 Mio. EUR). Haupteinfuhrgüter sind Thunfischkonserven, Aquakulturerzeugnisse und Thunfischfilet.

Die Europäische Kommission stellte Mängel in der thailändischen Fischereiindustrie fest. Dies führte zur **Vor-Einstufung** Thailands als möglicherweise nichtkooperierendes Land gemäß der IUU-Verordnung. Gegen das Land wurde **am 21. April 2015 eine gelbe Karte** verhängt.

Als **wichtigste Mängel** wurden festgestellt:

- **Veralteter Rechtsrahmen**, der Thailands internationalen Verpflichtungen nicht gerecht wird.

verhängte am 21. April 2015 eine rote Karte gegen Thailand.

- **Unvollständige rechtliche Bestimmungen** für die Verfolgung von Verstößen und **Fehlen abschreckender Sanktionen**.
- **Mangelnde Zusammenarbeit** zwischen der Fischereibehörde und anderen **Behörden** sowie mit den **Dritt-Flaggenstaaten**, die in Thailand anlanden.
- **Mangelnde Kontrolle der Flotte hinsichtlich Registrierung, Lizenzerteilung und satellitengestützter Schiffsüberwachung (VMS)**: Die aktive Fischereiflotte bestand aus rund 42 500 Schiffen, von denen 30 % nicht über eine legale Lizenz verfügten.
- **Schlechte Kontroll-, Überwachungs- und Rückverfolgbarkeitssysteme** im Hinblick auf die Kontrolle von für den EU-Markt bestimmten Erzeugnissen.
- **Zwangsarbeit und Menschenhandel** im Zusammenhang mit IUU-Fischereitätigkeiten (an Bord von Fischereifahrzeugen und in der Fisch- und Meeresfrüchteindustrie).

Die thailändische Fischereiindustrie gehört zu den größten Arbeitgebern für Sklavenarbeit.

Die **thailändische Fischereiindustrie gehört zu den größten Arbeitgebern für Sklavenarbeit**; die Opfer von Menschenhandel werden zum Teil geschlagen, gefoltert oder zu mehrjähriger Arbeit auf See gezwungen, und es kommt zu Todesfällen. Der Einsatz von Wanderarbeitern (90 Prozent der Arbeitskräfte sind Wanderarbeiter) und die Verbreitung illegaler, nicht gemeldeter und unregulierter Fischerei (IUU-Fischerei) fördert diese Praxis. Gründe hierfür sind eine Kombination aus unzureichenden staatlichen Kontrollen und die Erschöpfung der Bestände, die dazu führt, dass die Fischer günstige Arbeitskräfte benötigen und sich die Arbeitszeiten verlängern, weil sie weiter hinausfahren und länger auf See bleiben müssen.

Die EU übt Druck auf die Behörden aus, damit sie die internationalen Standards für die Fischereiindustrie einhalten.

2015 **verhängte die Europäische Kommission eine gelbe Karte** an die thailändischen Behörden, um Druck auszuüben und Änderungen im Hinblick auf die soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Branche herbeizuführen; kommt Thailand dem nicht nach, könnte ein Einfuhrverbot verhängt werden. Infolgedessen hat das Regime **legislative Schritte** zur Einhaltung der internationalen Standards in der thailändischen Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie unternommen, darunter die Registrierung nicht registrierter Wanderarbeiter auf Fischereifahrzeugen und in der verarbeitenden Industrie, verstärkte behördenübergreifende Kontrollen, die Anwendung von Sanktionen und das Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern unter 18 Jahren in der Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie.

Trotzdem sind **weitere Durchsetzungsmaßnahmen erforderlich**, da die Kontrollen unregelmäßig durchgeführt werden und in vielen Fällen nicht

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen veröffentlichten 2016 einen öffentlichen Brief, in dem Sie die EU aufforderten, die gelbe Karte für Thailand zu verlängern.

greifen: Der Transport der Besatzung findet oft auf See statt, um Kontrollen zu umgehen⁷³. Außerdem fehlt unter den Maßnahmen eine Reform der aktuellen Gesetzgebung, die von Migranten eine aufwändige und teure Registrierung erfordert und sie dadurch gefährdeter für Schuldknechtschaft gegenüber Vermittlern und Händlern macht. Ebenso wenig wurden bestehende Rechtsvorschriften geändert, die es Wanderarbeitern verbieten, Gewerkschaften zu gründen oder anzuführen⁷⁴.

Kurz nach diesem Besuch veröffentlichten Human Rights Watch und 26 weitere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) am 25. Februar 2016 **einen offenen Brief** an die EU, in dem sie auf die **Verlängerung der gelben Karte** (und die Erwägung der Verhängung einer roten Karte nach Ablauf von sechs Monaten) drängen und greifbare Ergebnisse sowie beständige Bemühungen, insbesondere bei der Rechtsdurchsetzung, fordern⁷⁵. Auch Mitglieder des Europäischen Parlaments wandten sich zum Thema Menschenhandel in der thailändischen Fischereiindustrie an die Kommission⁷⁶ und betonten die Notwendigkeit, bei den (in der Zwischenzeit ausgesetzten) Verhandlungen über das Freihandelsabkommen die Achtung der Menschenrechte sicherzustellen⁷⁷.

Die thailändischen Behörden und die Europäische Kommission einigten sich auf eine Erneuerung des thailändischen Rechtsrahmens.

Die thailändischen Behörden und die Europäische Kommission einigten sich auf die Erneuerung des thailändischen Rechtsrahmens als ersten Schritt. Am 3. November 2015 verabschiedete die thailändische Regierung die neue königliche Fischereiverordnung. Am gleichen Tag nahm das Kabinett den nationalen Maßnahmenplan zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei an.

Neue Vorschriften wurden erlassen, um IUU-Fischerei und bedeutenden Menschenrechtsverletzungen in der Fischereiindustrie des Landes beizukommen.

Bevor der neue Rechtsrahmen vollständig durchsetzbar ist, müssen 91 Durchführungsbestimmungen angenommen werden. Ein neues Gesetz (bzw. „Königliche Verordnung“) wurde mit enger Unterstützung der Generaldirektion für maritime Angelegenheiten und Fischerei (GD MARE) entworfen. Es basiert auf internationalen anwendbaren Standards und stellt einen bedeutenden Schritt zur Bekämpfung nicht nur von IUU-Fischerei, sondern auch von Problemen im Zusammenhang mit Menschenhandel und Zwangsarbeit in der Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie dar.

Mit der neuen Königlichen Verordnung werden erstmals Schlüsselaspekte wie die Ermächtigung der zuständigen Behörden, die Schaffung eines Rahmens für die vollständige Rückverfolgbarkeit der Fischereierzeugnisse,

⁷³ Euractiv: Slavery and trafficking continue in Thai fishing industry, claim activists, 25. Februar 2016.

⁷⁴ [Human Rights Watch \(et al.\): Joint Letter on Thailand to EU Commissioner for Fisheries, Maritime Affairs and Environment, 2016](#)

⁷⁵ [Human Rights Watch \(et al.\): Joint Letter on Thailand to EU Commissioner for Fisheries, Maritime Affairs and Environment, 2016](#)

⁷⁶ Europäisches Parlament, 2016, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+E-2016-001911+0+DOC+XML+V0//DE>

⁷⁷ Europäisches Parlament, 2015, [Anfrage: E-015721-15](#)

Ein neuer nationaler Kontroll- und Inspektionsplan in der Fischereiindustrie wurde erlassen.

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Fischereiindustrie ist zu einem zentralen Element im Dialog zwischen der EU und Thailand geworden.

Mehrere Dienststellen der Europäischen Kommission arbeiten mit den thailändischen Behörden zusammen an der Überarbeitung der Einwanderungs- und Arbeitsvorschriften, um Menschenhandel zu bekämpfen.

die Ermittlung schwerwiegender Verstöße und die Festlegung verhältnismäßiger und abschreckender Sanktionen geregelt. Darüber hinaus weitet die Verordnung den Umfang des Rechtsrahmens auf die Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsarbeit in der Fischereiindustrie aus.

Thailand hat sich bereit erklärt, die Zahl der Kontrolleure zu erhöhen. Mit Beratung durch die Kommission haben die **thailändischen Behörden einen nationalen Kontroll- und Inspektionsplan angenommen**, allerdings sind die Rückverfolgbarkeitssysteme nach wie vor schlecht und unzuverlässig. Die Regierung hat sich verpflichtet, unter der Bezeichnung „Traceability and Catch Certification“ (Rückverfolgbarkeits- und Fangbescheinigung) einen neuen Rückverfolgbarkeitsplan auszuarbeiten, der alle Behörden sowie den privaten Sektor einbezieht.

Die Verbesserung der **Arbeitsbedingungen** in der Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie ist zu einem zentralen Element im Dialog zwischen der EU und Thailand geworden. Im September 2015 enthüllte ein Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Asia Foundation die **gefährlichen Arbeitsbedingungen von Kindern** in der Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie, insbesondere im Garnelenhandel⁷⁸. Die Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie erfordert etwa **250 000 ausländische Arbeitskräfte** an Bord von Fischereifahrzeugen und in Verarbeitungsbetrieben an Land. Das Arbeitsrecht und der Rechtsrahmen in der Fischerei- und Meeresfrüchteindustrie sind nicht kohärent. Der Rechtsrahmen ermöglicht ausländischen Arbeitskräften weder soziale Integration noch berufliche Ausbildung oder das Erreichen beruflicher Stabilität.

Die Behörden haben sich bereit erklärt, mit den Dienststellen der Europäischen Kommission aktiv bei der **Überarbeitung der Einwanderungs- und Arbeitsvorschriften** zusammenzuarbeiten. In diesem Zusammenhang arbeiten verschiedene Dienststellen der Kommission im Hinblick auf Menschenhandel und Menschenrechtsfragen in Thailand zusammen, wobei der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) die politischen Verhandlungen mit dem Land anführt und das die Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung der Kommission (GD DEVCO) Programme zur Finanzierung von Maßnahmen initiiert. Die ILO führt vor Ort Bewertungen der Lage im Hinblick auf Zwangsarbeit in den Fischerei- und Meeresfrüchtelieferketten durch. Entsprechend dem Vorschlag der EU wurden seit November 2015 schrittweise Maßnahmen zur Einführung besserer Arbeitsbedingungen für Migranten im Fischerei- und Meeresfrüchte angenommen.

⁷⁸ New study of migrant and child labour in the Thai seafood industry, 14. September 2015, http://www.ilo.org/asia/info/public/pr/WCMS_402371/lang--en/index.htm

4.6 Ausblick und politische Optionen

Thailand ist potenziell ein enger Verbündeter der EU in Südostasien.

Das EP verfolgt die Entwicklungen in Thailand aufmerksam.

Mitglieder des EP könnten auf eine Reihe von Bereichen hinweisen, in denen Verbesserungen erforderlich sind, bevor das PKA abgeschlossen wird und die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen wieder aufgenommen werden.

Thailand ist potenziell ein enger Verbündeter der EU in Südostasien. Bislang sind die Handelsbeziehungen nach wie vor eng, und auch das Investitionsniveau ist hoch. Etwa 200 000 EU-Bürger haben ihren ständigen Wohnsitz in Thailand, und jährlich kommen knapp fünf Millionen Touristen aus der EU ins Land. Seit 2015 ist Thailand ASEAN-Länderkoordinator für die Beziehungen zur EU.

Das Europäische Parlament verfolgt die Entwicklungen in Thailand aufmerksam, wie die Entschließungen und parlamentarischen Anfragen im Hinblick auf Menschenrechte und Demokratie und die Beziehungen der EU mit Thailand zeigen⁷⁹.

Die EP-Delegation für die Beziehungen zu Südostasien kann ihren Besuch in Thailand und die verbesserte Kontrollgewalt des Parlaments dazu nutzen, auf die Anforderungen des Parlaments für das weitere Engagement der EU im Land und die Wiederaufnahme des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens sowie der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen aufmerksam zu machen:

- dringende Wiederherstellung des **legitimen demokratischen Prozesses** und der Verfassung durch glaubwürdige und für alle zugängliche Wahlen;
- Entwicklung eines **umfassenden, konstruktiven Dialogs** zwischen der EU und den thailändischen Behörden über demokratisches Regieren, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte – insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Rechte von Wanderarbeitern und die Bekämpfung des Menschenhandels, vor allem in Bezug auf Rohingya-Flüchtlinge;
- Abschaffung der **Todesstrafe** angesichts der Tatsache, dass mehr als zwei Drittel aller Länder auf der Welt sich gegen die Anwendung der Todesstrafe entschieden haben und dass es Belege dafür gibt, dass diese keine abschreckende Wirkung hat;
- Freilassung des britischen Menschenrechtsaktivisten **Andy Hall**, der in Thailand der Verleumdung beschuldigt wird, nachdem er in einem Recherchebericht Vorwürfe zu Arbeitsrechtsverstößen durch das thailändische Unternehmen Natural Fruit Company erhoben hat;
- Überwachung der Fischereiindustrie und der staatlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der **illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei, schlechter Arbeitsbedingungen, Sklaverei und Menschenhandel** und der Verwarnung Thailands durch die Europäische Kommission im Jahr 2015

⁷⁹ Europäisches Parlament, Anfragen: [E-001911-16](#); [E-015721-15](#); [E-000438-16](#); [E-015712-15](#) (Antwort: [E-015712/2015](#)); [E-013379-15](#) (Antwort: [E-013379/2015](#));

in Form einer gelben Karte.

5 Grunddaten zu Thailand

Menschen und Geografie			
Bevölkerung	2015	67 223 000	Quelle: VN
Hauptstadt	Bangkok	9 098 000	Quelle: VN
Gesamte Landfläche	513 120 km ²		Quelle: VN
Religionen	Buddhismus	93,6 %	Quelle: VN
	Muslime	4,94 %	Quelle: VN
	Christen	1,2 %	Quelle: VN
Ethnische Zugehörigkeit	thailändisch	95,9 %	Quelle: CIA World Factbook
	birmesisch	2 %	Quelle: CIA World Factbook
	andere	1,3 %	Quelle: CIA World Factbook
Sprachenregelung	Thailändisch (90,7 %)	Hauptsprache	Quelle: VN
	Birmanisch (1,3 %)	von einer starken Minderheit gesprochen	Quelle: VN
Lebenserwartung bei der Geburt	Frauen: 77,7 Männer: 71,0	2010–2015	Quelle: VN
Alphabetisierungsrate	96,67 %	2015	Quelle: Unesco
Einstufungen			
Name des Index:	Einstufung:	Erklärung und Quelle:	
Human Development Index	„Hoch“ 93/188	Entwicklungsprogramm der VN, 2015.	
Pressefreiheit	139/180	Reporter Ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit 2015	
Freiheitsstatus („Freedom in the World“)	„unfrei“: politisch: 6/7 zivil: 5/7	Freedom House, <i>Freedom in the world</i> , 2016 (Skala von 1-7, 1 = „am freiesten“, 7 = „am wenigsten frei“)	
Wirtschafts- und Sozialindikatoren			
Reales BIP-Wachstum	2015	2,8 (Schätzung)	Quelle: Weltbank
Inflation	2015	-0,9	Quelle: Weltbank
Verschuldung (in % des BIP)	2015	40,3 (Schätzung)	Quelle: Weltbank
Armutrate	2015	(1,9 USD/Tag) 0,0 (3,1 USD/Tag) 0,7	Quelle: Weltbank

6 Karte von Thailand



Map No. 3853 Rev. 2 UNITED NATIONS
July 2009

Department of Field Support
Cartographic Section

Quelle: Vereinte Nationen, Dag-Hammarskjöld-Bibliothek